

Ressourcen europäischer Ordnungskonstruktion

Die Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl¹

STEPHAN DREISCHER

„Zwar weiß keiner genau, wohin die Gemeinschaft
führen wird,
aber wir wissen genau, woher sie kommt:
aus dem Nichts;...“

FRANÇOIS FONTAINE, 1975

1. LEITGEDANKEN DER ANALYSE

In den vergangenen Jahren wurde einige Forschung mit dem Ziel betrieben, über die tatsächlichen Hintergründe und Motive der Gründungsphase europäischer Integration aufzuklären.² Bislang scheint sich trotzdem zu bewahrheiten, dass die Worte François Fontaines, die Gemeinschaft sei aus dem Nichts entstanden, kaum an Plausibilität eingebüßt haben. Anders als beispielsweise bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland oder bei der Wiederherstellung einer freiheitlich demokratischen Ordnung in Ostdeutschland nach 1990 konnte die sich formierende Europäische Gemeinschaft nämlich auf keine geglückten oder missglückten Vorläufer politischer Ordnungskonstruktion zurückblicken.³ Es handelt sich also um eine – zumindest in dieser Form – neue Idee. Daran ändert auch nichts, dass unterschiedliche ‚Europakonzeptionen‘ unter anderem bereits von Dante Alighieri, Maximilien de

1 Für hilfreiche Kommentare und Korrekturarbeiten danke ich Antje Buchholz.

2 Siehe dazu etwa M. J. Dedman 2010; W. Lipgens 1972; W. Loth 1996, 2000, 2007.

3 Manch einer wird an dieser Stelle einwenden wollen, dass es doch durch Karl den Großen eine europäische Einigung gegeben habe. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass es sich bei diesem ‚historischen Vorläufer‘ weder um eine demokratische noch um eine freiheitliche Ordnung handelte und sie obendrein auch nicht all jene Teile Europas umfasste, welche die heutige Europäische Union integriert.

Sully oder Claude-Henri de Saint-Simon entwickelt wurden.⁴ Bei diesen Autoren, aber auch andernorts,⁵ finden sich zwar unterschiedlich detaillierte Ideen einer europäischen Ordnungskonstruktion. Aber diese waren weder in Bezug auf die konkrete institutionelle Ausgestaltung noch hinsichtlich deren spezifischer Umsetzung von einer solchen Reichweite, wie es der – die europäische Integration seit Anfang der 1950er Jahre befeuernde – Schuman-Plan war. Allein dieser entfaltete eine bis heute nachwirkende, ordnungsgenerierende Kraft.

Seit Beginn der 1950er Jahre ist die europäische Einigung eine Erfolgsgeschichte geworden, und zwar trotz aller Schwierigkeiten, wie sie etwa durch die „Politik des leeren Stuhls“ in den 1960er Jahren, die vom Beginn der 1970er bis in die Mitte der 1980er Jahre reichende Zeit der „Eurosklrose“⁶ oder zuletzt durch die „EURO-Krise“⁷ offenbar wurden. Seit mehr als sechzig Jahren gibt es zwischen Frankreich und Deutschland keine militärischen Auseinandersetzungen; die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind wohlhabender als viele andere Länder; zwischen einer Vielzahl von Staaten ist das Reisen ohne Passkontrolle möglich; und in weiten Teilen Europas gehört das Bezahlen mit derselben Währung seit 2002 zum Alltag. All dies, und noch eine Fülle weiterer Errungenschaften, sind Ergebnisse eines inzwischen Jahrzehnte andauernden Prozesses europäischer Einigung. Er ist durch eine stetige Erweiterung um neue Mitgliedstaaten ebenso gekennzeichnet wie durch einen permanenten institutionellen Umbau bei gleichzeitiger Kompetenzausweitung auf europäischer Ebene.⁸ Was einstmals als eine Absprache über den Montanbereich begann, wurde zu einer sowohl die wirtschaftlichen als auch die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereiche umfassenden Union. Bei einem solch offensichtlichen Erfolg stellt sich die Frage, wie es zu dieser Prosperität und Stabilität bei einer recht überschaubaren Anzahl ‚großer‘ Krisen kommen konnte, was also die tatsächlichen Garanten dieser politischen Ordnung und ihrer weiteren Entwicklung sind.

4 Siehe ausführlich dazu Rat der EU 2009.

5 Ebd.

6 Siehe H. Giersch 1985.

7 Allerdings kann man nur schwer von einer Krise des EURO sprechen, sondern allenfalls von einer Krise in manchen Mitgliedstaaten der EU, die den EURO eingeführt haben; denn dessen Binnenstabilität ist hoch und auch dessen Wechselkurs gegenüber anderen wichtigen Währungen, wie etwa US-Dollar oder Yen, unterliegt im Wesentlichen nur den üblichen Schwankungen, die zwischen den Währungen immer wieder auftreten.

8 Zur institutionellen Entwicklung des Rats siehe J. Lempp 2009, 2012; zur Evolution des Europäischen Parlaments siehe S. Dreischer 2006, 2012.

2. WIRKLICHKEITSKONSTRUKTION UND EUROPÄISCHE INTEGRATION

2.1 Diskursive Ordnungskonstruktion

Politische Ordnungen, so die analyseleitende Hypothese dieses Bandes, lassen sich durch Rekurse auf einesteils Transzendentes, andernteils Gemeinsinniges konstruieren, stabilisieren und transformieren, womit es gelingt, diese drei Aggregatzustände sozialer Wirklichkeit auch durch Rückgriff auf derlei transzendente und gemeinsinnige Ressourcen zu erklären. Dabei handelt es sich bei Transzendenz und Gemeinsinn keinesfalls um Gegenbegriffe, sondern um sich wechselseitig ergänzende Erklärungsvariablen mit konstitutiver Bedeutung für die Legitimität und Stabilität sozialer Ordnungen.⁹ Transzendentes soll dabei als Unverfügbares verstanden werden, das der Dispositionsfreiheit des Einzelnen soweit entzogen ist, dass es üblicherweise nicht in Frage gestellt wird. Folglich ist der Bezug auf Unverfügbares möglich, ohne dass es weiterer Erklärungen überhaupt nur bedürfte. Bei der Untersuchung dessen, wie anhand solcher Ressourcen Wirklichkeit konstruiert und stabilisiert wird, müssen in einem ersten Schritt jene potentiell unverfügbaren und gemeinsinnigen Ressourcen in Reden, Dokumenten und anderen Texten ebenso wie in vielerlei inszenatorischen und symbolischen Handlungen sowie Praktiken entschlüsselt werden. Sodann müssen diskursive Bezugnahmen, in welchen Transzendentes und Gemeinsinniges argumentativ eingesetzt wird, daraufhin untersucht werden, inwiefern es dabei zu solchen sinngeliteten Situationsdefinitionen kommt, die schließlich gemeinsames Handeln anleiten und damit zu Stabilitätsankern der europäischen politischen Ordnung werden.

Dieser Text behandelt allerdings weniger Gemeinsinn als Ressource der Ordnungskonstruktion, sondern konzentriert sich auf Transzendenz bzw. Transzendenz-repertoires, darunter vor allem auf solche Formen von Transzendenz, die als soziale beziehungsweise sozial konstruierte Unverfügbarkeit gelten müssen. Weitgehend unberücksichtigt bleibt somit, dass es auch Unverfügbares, also der Dispositions-freiheit des Einzelnen Entzogenes¹⁰ gibt, das nicht erst der sozialen Konstruktion bedarf, weil es bereits genetisch angelegt, mithin in der *conditio humana* verankert ist. Die Aufklärung über diesen Teil des Transzendenten zunächst Neurobiologen, Neuropsychologen oder anderen Professionen zu überlassen, ignoriert somit diese nicht, sondern verlässt sich nur arbeitsteilig auf die dafür zuständigen Disziplinen. Ohnehin muss es im Folgenden nur um die soziale, ja eigentlich nur um die politische Konstruktion von Wirklichkeit gehen. Im Übrigen wird es nicht überraschen,

9 Siehe dazu Sonderforschungsbereich 804 (2008), S. 28.

10 So die Definition des SFB 804, in dessen Rahmen diese Arbeit entstanden ist. Siehe dazu H. Vorländer 2011, S. 10.

dass es zwar Elemente gibt, die einer aus der *conditio humana* resultierenden Unverfügbarkeit unterliegen, doch trotzdem diskursiv und gerade *sozial* folgenreich zur Wirklichkeitskonstruktion eingesetzt werden: Nur die Unvorhersehbarkeit der Zukunft oder die Endlichkeit irdischen Daseins seien hier genannt. Unterschiedlich ist allerdings, dass solche Ressourcen nicht erst diskursiv in Geltung gebracht werden müssen, sondern *tatsächlich unverfügbar* sind, wenn auch ihre Qualität und Rolle als Geltungs- bzw. Legitimitätsgrundlage für die spezifische Ausgestaltung einer politischen Ordnung umstritten sein mögen.

Strikt von einem Vergewissern, Ausdifferenzieren und sukzessiven Verankern¹¹ der sinnstiftenden Ressourcen diskursiver Ordnungskonstruktion ist freilich die philosophisch-ontologische Frage zu trennen, ob das Transzendente, wie es Thomas Rentsch formuliert, vorgängig, also grundsätzlich schon immer vorhanden sein muss¹² und zum ‚natürlichen Inventar‘ eines jeden Individuums gehört. Zuzustimmen ist Rentsch zwar, sofern er sich auf jene basalen Transzendenzen wie Leiblichkeit, Endlichkeit des Lebens oder Sprachfähigkeit bezieht; diese sind dem Einzelnen tatsächlich unverfügbar. Vor dem Hintergrund solcher ‚unhintergehbaren‘ Transzendenz kommt es aber zur Ausprägung einer Vielzahl von Vergegenwärtigungsmodi des Transzendenten, die ihrerseits Produkte der Konstruktion sozialer Wirklichkeit sind.¹³ Diese sind dann natürlich nicht in der Weise vorgängig, dass sie sich bereits aus dem für alle Menschen indisponiblen Lebensrepertoire erschließen. Vielmehr werden sie in bestimmten kulturellen Kontexten als unverfügbar akzeptiert, in anderen freilich nicht, und sind deshalb keine ‚Universalien‘ im philosophischen Sinne. Die Analyse diskursiver Wirklichkeitskonstruktion geht somit von der Annahme aus, dass vieles Transzendente – doch nicht alles – *nicht grundsätzlich* unverfügbar ist, sondern seine Unverfügbarkeit für alle praktischen Zwecke überhaupt erst in jenen diskursiven Bezugnahmen geschaffen wird, durch welche etwas für nicht verhandelbar, unsagbar oder der persönlichen Dispositionsfreiheit entzogen erklärt wird.

Das Augenmerk liegt nun empirisch auf der Konstituierungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Es wird deshalb nur ein Teil der Diskurse über den europäischen Integrationsprozess in den Blick genommen, um folgende Fragen zu beantworten: Welche Unverfügbarkeiten waren in der Gründungsphase der supranationalen Ordnung bereits als Ressourcen der Ordnungsgenerierung implizit oder explizit vorhanden? Wie differenzierten sich diese ggf. weiter aus, taug-

11 Hier darf nun keinesfalls der Eindruck entstehen, es handle sich um einen durchweg aktiven Prozess der absichtsvollen Hervorbringung solcher gemeinsam geteilten Sinnressourcen; es ist vielmehr so, dass sich handlungsleitende Selbstverständlichkeiten in sozialen Ordnungen ‚wie von allein‘ immer weiter verfestigen, weil sich *Gewohnheiten* im Umgang mit den sinnstiftenden Ressourcen unter den Mitgliedern einstellen.

12 Siehe dazu ausführlich Th. Rentsch 2010, S. 292f.

13 Vgl. Th. Rentsch 2010, S. 294ff.

ten somit als diskursive Bezugnahmen zur Situationsdefinition und, daraus folgend, auch zur Handlungsanleitung? Und wie wurden sie schließlich tatsächlich eingesetzt? Eine Beschränkung auf die Transzendenzrekurse, also die Ausklammerung von Gemeinsinnsrekursen, scheint deshalb unproblematisch zu sein, weil eine weitere forschungsleitende Hypothese lautet, dass die ordnungsstiftende Kraft von Transzendenzressourcen gerade in Phasen der *Ordnungskonstruktion* besonders wichtig ist.

Es ist offenkundig, dass solche Fragen nach den inneren Kohäsionskräften der europäischen politischen Ordnung angesichts immer wieder geführter Diskurse um die Grenzen, die Finalität oder die tatsächlichen Solidaritätsgebote in der Gemeinschaft auch für deren aktuellen Zusammenhalt wichtig sind. Ebenso unbestreitbar ist, dass es auch für Zwecke einer allgemeinen Erklärung geschichtlicher Werdeprouesse von großer Bedeutung ist, die geistigen Grundlagen gerade der europäischen Ordnungskonstruktion zu kennen.

Einiges spricht dafür, dass die *Entstehung* eines grundlegenden Repertoires von Transzendenz- und Gemeinsinnsbezügen ohnehin ähnlichen Mustern folgt, wie sie an Institutionalisierungsprozessen überhaupt abzulesen sind. Institutionsgründungen, und wohl auch Prozesse der Ordnungskonstitution, können nämlich entweder durch eine *schleichende Herausbildung* oder aber durch einen *Akt der Setzung* gelingen.¹⁴ Im Zug allmählicher Herausbildung einer politischen Ordnung wird es meist so sein, dass sich deren sinnstiftenden und handlungsleitenden Grundlagen mehr und mehr verfestigen, es also zu einem nahezu ‚urwüchsigen‘ Entstehen von Transzendenz- und Gemeinsinnsbezügen auf der Grundlage individueller, freilich bereits in den Köpfen vieler Menschen bestehender Vorstellungen während des eigentlichen Gründungsaktes kommt. Den potentiellen Mitgliedern einer neu zu schaffenden Ordnung obliegt es ja selbst, ein solches handlungsleitendes Sinnsystem immer weiter auszdifferenzieren, wozu sie auf *ex ante* geteilte sinnstiftende Ressourcen zugreifen, von denen obendrein bekannt sein mag, dass man sich halbwegs auf ihre wechselseitige Akzeptanz verlassen kann. Bei der Gründung durch Setzung hingegen ist es eher so, dass diese gemeinsamen Repertoires erst im eigentlichen Gründungsakt sichtbar werden. Zuweilen werden diese sogar erst *ex post* als sinnstiftende und damit handlungsleitende Geltungsgrundlagen angegeben, obwohl von ihnen – zu Recht oder zu Unrecht – behauptet wird, es habe sie *von jeher* in dieser Form gegeben. Dies entspricht dem begleitenden oder nacheilenden Mythologisieren, etwa so, wie dies an der Stilisierung des ‚Wirtschaftswunders‘ zur ordnungsstabilisierenden Ressource der Bundesrepublik Deutschland sichtbar wird.¹⁵

14 Siehe dazu bereits im Erstantrag des Sonderforschungsbereichs 537 (TU Dresden 1996), S. 19f., sehr viel ausführlicher finden sich Institutionalisierungsprozesse in evolutions-theoretischer Perspektive dargestellt in W. J. Patzelt 2007b, S. 288ff.

15 Siehe dazu den Beitrag von S. Heer zu Mythos und kollektiver Selbstdeutung in diesem Band.

Nachher kann man dann leicht behaupten, diese Mythen seien schon immer die Basis der Ordnungskonstruktion gewesen, ja sogar dazu neigen, den Versuch einer Entzauberung solcher Mythen als abwegig hinzustellen und mit Sanktionen zu belegen. Derlei geschieht etwa, wenn in Zweifel gezogen wird, die europäische Einigung sei primär und von Anfang an ein Friedensprojekt gewesen.

2.2 Besonderheiten europäischer Integration

Die europäische Integration ist kein Produkt schleichender Herausbildung, sondern das Ergebnis gezielter Planung. Dies hat für die Untersuchung der Entstehungsgeschichte einesteils Vorteile, andernteils aber auch Nachteile. Besonders vorteilhaft wirkt sich aus, dass es sich um einen für die Analyse recht gut eingrenzenden Diskurszeitraum handelt. Zum Nachteil gereicht indes, dass die Untersuchung europäischer Ordnungskonstruktion auf die Analyse der politischen Akteurselite beschränkt bleibt, da allein die Elite für die Errichtung dieser politischen Ordnung verantwortlich war. Zwar ist dies kein Manko für die empirische Arbeit; aber der auch theoretisch zu durchdringende Teil sozialer Wirklichkeitskonstruktion beschränkt sich hier eben auf ein kleines Teilsegment der Gesellschaft.¹⁶ Es mangelte in der Gründungsphase der Europäischen Gemeinschaft sowohl an gemeinsam geteilten Wissensbeständen in bezug auf die zu schaffende Ordnung und an entsprechenden Blaupausen, die als Grundlage oder Vorbild der Gemeinschaftsbildung dienen konnten, als auch an einem echten Prozess gemeinsamer Enkulturation und Sozialisation, der sich abseits eines fragilen, von allen geteilten Erbes ‚europäischer Kultur‘ bewegt hätte. Mitnichten war es so, dass die sich im Jahr 1951 zur Montanunion vereinigenden Staaten deshalb enger kooperierten, weil sie einander nun mehr und mehr vertrauten und sich deshalb entschlossen, einen gemeinschaftlichen Ordnungsrahmen einer über viele Jahre angebahnten Kooperation zu schaffen. Vielmehr war es notwendig, sich der gemeinsamen Ressourcen überhaupt erst einmal zu vergewissern, bevor auf diese in ordnungskonstituierender Absicht zugegriffen werden konnte.

Weitgehend unstrittig ist auch, dass es sich bei der Europäischen Union des 21. Jahrhunderts um eine dergestalt gefestigte politische Ordnung handelt, dass ihr Fortbestand – trotz der EURO-Krise – nicht ernsthaft gefährdet ist. Dennoch müssen die handlungsleitenden Selbstverständlichkeiten, also jener Bestand an kulturel-

16 Dass es sich bei politischen Akteuren nur um eine kleinere Elite handelt, ist solange ziemlich unschädlich, wie Repräsentanten aufgrund des stetigen Wirkens eines Wiederwahlmechanismus responsiv sein müssen. Das heißt, dass sie nicht allzu weit und allzu lange vom Willen der Repräsentierten abweichen können, sondern deren Wünsche, Anliegen und Vorstellungen aufnehmen und in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess einbringen müssen. Andernfalls gefährden sie ihre Chancen, bei der nächsten Wahl erneut gewählt zu werden.

len Mustern, der als Basiskonsens dient, zuverlässig reproduziert werden, um die politische Ordnung aufrechtzuerhalten. Und ganz frei von Konfliktlinien ist das europäische politische System natürlich auch nach vielen Jahren seiner Existenz nicht. Etwa gibt es noch immer Unsicherheit über die spezifische staatliche oder staatsähnliche Qualität oder die demokratische Legitimität der Europäischen Union, was sich an den einschlägigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts ebenso gut ablesen lässt¹⁷ wie an der Fülle von Monographien, Sammelbänden und Aufsätzen, die sich diesen Themenfeldern widmen.¹⁸ Eine Besonderheit besteht freilich darin, dass die EU die einzige supranationale Ordnung ist, deren Leitidee¹⁹ nicht auf die Verwirklichung allein singulärer Ziele angelegt ist, etwa auf ökonomisches Wachstum, den Austausch von Gütern oder Ähnliches zielt, wie das sehr wohl die wirtschaftlichen Kooperationen in Asien (ASEAN), Südamerika (MERCOSUR) oder Nordamerika (NAFTA) tun.

2.3 Rahmenbedingungen europäischer Integrationsdiskurse

Die Anfänge der europäischen Integration waren durch vollkommen andere Umstände gekennzeichnet als jene, die heute in den Blick geraten, wenn über die Europäische Union nachgedacht wird. Im Nachkriegseuropa ging es zunächst einmal darum, Versorgungsengpässe zu beseitigen, die nationalen Volkswirtschaften wieder aufzubauen oder die Architektur einer Nachkriegsordnung angesichts aufkeimender Bipolarität zu schaffen. In genau diesen Kontext bettet sich die Entstehungsgeschichte der Montanunion ein, also jenes Vertragswerks, das den Grundstein für alle weitere europäische Integration legte. Die Gründungsphase wird zu Recht als Fundament einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gesehen, und der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird sogar als ein „de-facto-Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland“²⁰ gewertet. Auf der Faktenebene findet dies seine Entsprechung darin, dass es zwischen den EG/EU-Mitgliedstaaten während der Zeit ihrer Mitgliedschaft zu keinerlei kriegerischen Auseinandersetzungen kam, ja nicht einmal zu Spannungen, die in deren Nähe hätten führen können. Es liegt somit nahe, dass es sich bei *Frieden* um eine jener ganz zentralen Unverfügbarkeiten handeln könnte, die als diskursive Ressourcen zur Konstruktion und Aufrechterhaltung der europäischen politischen Ordnung eingesetzt wurden. Dies wird beim Lesen der Worte Walter Hallsteins besonders deutlich, wenn dieser sich zum früheren politischen Ordnungssystem äußert. Dies be-

17 Siehe dazu die Solange I- und Solange II-Urteile des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE 37, 271 sowie BVerfGE 73, 339).

18 Siehe u.a. W. Kluth 1995; U. Schliesky 2004; B. Thalmeier 2005, S. 54ff.; G. Strohmeier 2007.

19 Siehe zum Begriff der Leitidee M. Hauriou 1965.

20 W. Loth 2010, S. 355.

stand seines Erachtens nach dem Ersten Weltkrieg darin, dass im Konzert der Großmächte und der englischen Diplomatie fallweise der eine oder andere kontinentale Staat unterstützt wurde, allerdings mit der Folge, dass diese „Ordnung [...] ihre Gültigkeit verloren [hatte], weil sie die einzige Prüfung nicht bestanden hatte, die im 20. Jahrhundert wahrhaft verbindlich ist: sie hatte sich als unfähig erwiesen, den Frieden zu wahren. Das ‚Konzert‘ war verstummt.“²¹ Bezugnahmen auf Frieden als wesentliche Triebkraft der Ordnungsgenerierung haben jedoch nicht immer eine solche Eindeutigkeit, sondern nehmen vielfältige Gestalten an und reichen von Plädoyers, Krieg für immer vermeiden zu wollen, über Aussagen, Frieden in jedem Fall als Aufgabe und Ziel in Europa begreifen zu müssen, bis hin zu Äußerungen, in denen festgehalten wird, dass es notwendig sei, eine dauerhafte und stabile Friedensordnung herzustellen. Auch ist es plausibel, dass es gar nicht immer zu einer expliziten Ausformulierung solcher Bezugnahmen dergestalt kommen muss, dass der Begriff ‚Frieden‘ – in gleich welcher semantischen Einkleidung – erwähnt wird. Manches Mal reicht es aus, diesen Begriff stillschweigend vorauszusetzen oder zu paraphrasieren.

Insgesamt ist es so, dass die potentielle Kraft einer Ressource nur wenig darüber besagt, ob sie tatsächlich zur Sinnstiftung genutzt wurde, also in einer bestimmten Situation ganz konkret ein diskursiver Rückgriff auf sie zur Situationsdefinition und zur daraus folgenden Handlungsanleitung erfolgte. Auch ist zu klären, ob allein ein *Verweis* auf ‚Frieden‘ als Ziel ordnungskonstruktiv wirken konnte. Es ist doch so, dass sich nahezu jede nachkriegserische oder nachrevolutionäre Ordnung auf Frieden als zentrales Gründungselement berufen wird. Vermutlich sind es deshalb unterschiedliche Beweggründe und, damit einhergehend, verschiedene Transzendenzannahmen, die in der Gründungsphase europäischer Integration eine Rolle spielten. Etwa kann man bei zwei wichtigen Architekten europäischer Einigung eine gewisse Ambivalenz ihrer Einstellungen feststellen. Constantin Gosciler u.a. zeigen am Beispiel der Positionsschwankungen Robert Schumans, dass dieser „im Verlauf der Zeit von einer zunächst gleichgewichtigen Bewertung der wirtschaftlichen und politischen Beweggründe zu einer vorrangig politischen Rechtfertigung des Unternehmens [gemeint ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, SD] überging“.²² Wilfried Loth wiederum attestiert Konrad Adenauer, dem zentralen Weichensteller in Deutschland und damit Mit- bzw. Gegenspieler Robert Schumans, eine hohe Effektivität seiner Europapolitik, die freilich auf einer wenig präzisen Vision gründete und durch taktisches Handeln bei gleichzeitiger Flexibilität gekennzeichnet war.²³

21 W. Hallstein 1974 [1973], S. 17.

22 Siehe C. Gosciler u.a. 1989, S. 171.

23 W. Loth 2010, S. 354.

Diese ersten Befunde überraschen indes kaum. In der Aufbauphase politischer Ordnungen können die sie tragenden Unverfügbarkeiten nach außen hin sehr wohl in manchen Fällen zunächst einmal verborgen bleiben, einerseits, weil sie eben selbstverständlich sind, andererseits, weil man potentiell Strittiges besser nicht thematisiert. Ohne einen solchen flexiblen Umgang mit Unverfügbarkeiten wäre eine gemeinsame, nicht auf Zwang gegründete Ordnungsbildung zwischen freiheitlich-demokratischen Systemen wohl auch gar nicht denkbar. Folgendes Prinzip wird dabei im Übrigen gelten: Je mehr Übereinstimmung es zwischen den ordnungsschaffenden Akteuren in fundamentalen – sinnstiftenden und folglich die Handlungen anleitenden – Grundlagen gibt, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Konstituierungsprozess auch zu einem Erfolg wird. Schwankungen in der Akzentuierung der Beweggründe, wie sie im Fall Robert Schumans beschrieben werden, zeigen also im Grunde nichts anderes, als dass das *gemeinsame* sinnstiftende Bezugssystem noch nicht ausreichend ‚vermessen‘ war. Dieses existierte bestimmt im Kopf mancher Akteure, die – jeder für sich – mit ihrer eigenen Vorstellung in Bezug auf die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft ausgestattet waren. Aber offenkundig bewegten sich die Vorstellungen speziell dieser beiden politischen Akteure in genau jener Spannweite, die Wilfried Loth als zwei Traditionslinien beschreibt: „die Tradition der Bemühungen um eine Wiedervereinigung des schwerindustriellen Komplexes von der Ruhr bis nach Lothringen, der in der Zeit des deutschen Kaiserreichs entstanden war, und die Tradition der Bemühungen um eine europäische Einigung, die in Reaktion auf die Katastrophen des Zweiten Weltkriegs wieder aufgenommen und verstärkt worden war“.²⁴ Zweifelsohne wird eine Antwort auf die Frage, welche Beweggründe und welche Ressourcen für die Konstituierung der europäischen Ordnung tragend waren, durch diese beiden Linien eingerahmt.

Daneben und dazwischen ist jedoch Platz für vielfältige Anreize, deren Wirksamwerden den tatsächlichen Verlauf der Ordnungskonstitution und die sie tragenden Akteure beeinflusst haben. Diskursive Wirklichkeitskonstruktion ist nämlich stets von einer Vielzahl mehr oder minder stark wirkender Kontextbedingungen beeinflusst.²⁵ Dass diese recht zahlreich sind, weil es unter verschiedenen Akteuren auch ziemlich andere Sozialisations-, Lebens- oder Diskurerfahrungen gibt, überrascht kaum. Daneben spielen aber auch jene Faktoren eine wichtige Rolle, die als intervenierende Variablen den Gesamtkontext des Diskurses für alle daran Beteiligten prägen. Der Beginn der europäischen Integration kann deshalb sinnvollerweise

24 W. Loth 2010, S. 351f.

25 Im Sinne Michel Foucaults wäre an dieser Stelle wohl von den Dispositiven zu schreiben, welche sich als Netz des Diskurses um den Diskurs spinnen. Diskursive Wirklichkeitskonstruktion findet ja niemals isoliert und abseits intervenierender Einflüsse statt, sondern ist stets in eine Reihe anderer Diskursstränge, -positionen und -ebenen eingebettet (siehe S. Jäger 2006, S. 98ff.).

nicht von wichtigen Umwelt- bzw. Nischenbedingungen²⁶ isoliert betrachtet werden, die jene politischen Diskurse prägten, welche zum Abschluss des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl führten und damit die Basis weiterer Integration legten. Alldem liegt die Annahme zugrunde, dass es sich bei politischen Ordnungen, ebenso wie bei Institutionen oder Organisationen, um evolvierende Systeme handelt, deren Errichtung, Stabilisierung und Veränderung ein Prozess der Nischenanpassung ist. Somit ist auch die Gründung der EGKS als eine Adaption an sich verändernde Umweltbedingungen zu begreifen. Zumindest die folgenden sieben Punkte sind als nischenrelevante Faktoren mit prägendem Einfluss auf die Gründungsdiskurse einer europäischen politischen Ordnung zu nennen:

- Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland, den beiden später die europäischen Integrationsbemühungen tragenden Säulen, wurde seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ganz wesentlich durch die *Saar-Frage* bestimmt, welche zu Beginn der Verhandlungen über die Schaffung einer Montanunion noch ungeklärt war. Zwar bestand insofern Sicherheit, als es sich um französisches Besatzungsgebiet handelte, das seit 1947 auch über eine eigene Verfassung verfügte. Aber diese war so beschaffen, dass sie durch den in der Präambel verankerten Passus die Verbindung des Saargebiets mit Frankreich zementierte:

„Das Volk an der Saar [...] gründet seine Zukunft auf den wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an die französische Republik und die Währungs- und Zolleinheit mit ihr, die einschließen: die politische Unabhängigkeit des Saarlandes vom Deutschen Reich, die Landesverteidigung und die Vertretung der saarländischen Interessen im Ausland durch die französische Republik, die Anwendung der französischen Zoll- und Währungsgesetze im Saarland, die Bestellung eines Vertreters der Regierung der französischen Republik mit Verordnungsrecht zur Sicherstellung der Zoll- und Währungseinheit und einer Aufsichtsbefugnis, um die Beobachtung des Statuts zu garantieren, eine Organisation des Justizwesens, die die Einheitlichkeit der Rechtsprechung im Rahmen des Statuts gewährleistet.“²⁷

Da es zuvor bereits zu wirtschaftlichen Vereinbarungen gekommen war, die das Saarland auf Jahre hinaus an Frankreich banden, überrascht es kaum, dass auf

26 Als Nischenbedingungen werden jene Umweltbedingungen bezeichnet, welche für die Generierung, Stabilisierung oder Transformation einer politischen Ordnung relevant sind, weil die politische Ordnung ihrerseits Ressourcen aus dieser Umwelt bezieht, die zu deren Funktionieren notwendig sind. Siehe zum Nischenbegriff im Rahmen der institutionellen Analyse ausführlich J. Lempp 2007, S. 380ff.

27 Präambel der Verfassung des Saarlandes i. d. F. vom 15. Dezember 1947.

deutscher Seite alsbald der Verdacht aufkam, das Saargebiet solle zu einem französischen Protektorat gemacht werden.²⁸

- Eng mit dem Saar-Problem verwoben war die grundsätzliche Frage von Kontrolle und Preisgestaltung bei der Kohleförderung. Recht bald zeichnete sich nämlich im Rahmen der Wiederaufbaubemühungen der europäischen Staaten ab, dass es insbesondere in Frankreich einen nicht aus eigener Kraft zu kompensierenden Mangel an Kokskohle gab, also jenes Rohstoffes, der wiederum für den Prozess der Stahlerzeugung zwingend erforderlich ist. Daraus ergaben sich zwei zentrale Nachteile: Einesteils verursachte der Wiederaufbau im eigenen Land vergleichsweise höhere Kosten als in Deutschland, denn neben der – durch Importe von Kokskohle – teuren Herstellung von Stahl waren auch die Löhne in Frankreich höher; andernteils bedeutete dies, dass französische Stahlerzeugnisse auch auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig waren als etwa deutsche.
- Zweifelsohne spielte auch eine wichtige Rolle, dass Frankreich zu Beginn der 1950er Jahre unter den Westalliierten eine relativ schwache Position einnahm. Offensichtlich wird dies beispielsweise darin, dass sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung darauf drängten, eine Lösung für die noch stark reglementierte deutsche Stahlproduktion zu finden. Dies wurde von französischer Seite zunächst jedoch abgelehnt, weil damit eine stärkere Stellung der deutschen Stahlindustrie ohne Kontrollmöglichkeiten verbunden gewesen wäre. Freilich geriet die französische Administration deshalb unter akuten Handlungsdruck, weil bei einem für den 11. Mai 1950 geplanten Treffen der Außenminister der drei Westalliierten in London eine Aufhebung der Begrenzung deutscher Stahlproduktion ebenso auf der Tagesordnung stand wie eine Abschwächung des Besatzungsstatuts.²⁹ Dieser Handlungsdruck prägte ganz entscheidend das weitere französische Vorgehen.
- Neben wirtschaftlich begründeten Ressentiments waren aber auch solche Aspekte von Bedeutung, die sich eher im Bereich der – in den emotionalen Tiefenschichten zu verortenden – Abwehr eines französisch-deutschen Aussöhnungsprozesses finden lassen. Dies zeigte sich beispielsweise daran, dass es auf französischer Seite vielfach grundsätzliche Vorbehalte gegen jede Form eines Bündnisses zwischen Deutschland und Frankreich gab, wobei die Begründungen sich vor allem auf drei Aspekte konzentrierten: Deutschland strebe nicht aus gemeinsinnigem, sondern aus eigensinnigem Antrieb nach einer Aussöhnung mit Frankreich; dies wiederum habe zur Folge, dass Kontrolle über Deutschland nur schwer möglich sei, sobald dessen staatliche Souveränität wiederhergestellt sei; und letztlich führe all dies zu einer erneut starken

28 Siehe dazu etwa die Erinnerungen von A. Blind 1996, S. 74f.

29 Siehe W. Loth 2007, S. 40.

Patriotisierung des östlichen Nachbarn, die mit altbekannten Problemen deutschen Hegemonialstrebens verbunden wäre.³⁰

- Ebenso sind jene Nischenbedingungen zu berücksichtigen, die sich aus der spezifisch deutschen Lage ergaben. So waren eine Westbindung der Bundesrepublik Deutschland und das forcierte Streben nach einer stärkeren Kooperation mit Frankreich innerhalb Deutschlands keineswegs unumstritten. Die Gründe für die Ablehnung waren recht heterogen und reichten von einer grundsätzlichen Forderung nach Neutralität über die Meinung, eine gesamtdeutsche Lösung sei durch die Westausrichtung gefährdet, bis hin zum – freilich nur von wenigen geäußerten – Wunsch, Westdeutschland solle eine stärkere Anbindung an die Sowjetunion anstreben. Dazu gesellten sich unterschiedliche Interessen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, insbesondere in der Montanindustrie. Und auch auf deutscher Seite gab es, allerdings aus anderen Gründen als in Frankreich, ausweislich der – durch das Allensbacher Institut für Demoskopie bereits ab den späten 1940er Jahren durchgeführten – Bevölkerungsumfragen zunächst durchaus grundsätzliche Vorbehalte gegenüber einer engen Zusammenarbeit mit Frankreich.³¹
- Auf deutscher Seite war neben dem reglementierend eingreifenden Besatzungsrecht vor allem die seit 1949 über die Schwerindustrie bestimmende internationale Ruhrbehörde von größter Bedeutung, da sie die gesamte Montanindustrie des Ruhrgebiets kontrollierte und damit der zentrale Dreh- und Angelpunkt eines wirtschaftlichen Aufstiegs von Nachkriegsdeutschland war. Dies wiederum vertrug sich nur schwer mit jeder Form der Kooperation auf supranationaler Ebene, so dass eine Zustimmung Deutschlands zu einer engeren europäischen Kooperation stets an die Abschaffung des Ruhrstatuts gebunden war. Karl Arnold, seinerzeit Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, sagte in seiner Neujahrsansprache am 1. Januar 1949 sehr deutlich, dass die Schaffung der Ruhrbehörde und damit eine einseitige Regelung, die ohne Beteiligung Deutschlands zustande gekommen war, nicht besonders förderlich für eine europäische Friedensordnung sein könne. Eine Reorganisation Europas beruhe nämlich auf der Abkehr vom alten Denken des Reaktionismus und nationaler Egoismen.³²
- Neben solchen spezifisch deutschen und französischen Nischenbedingungen beeinflussten natürlich auch internationale Prozesse den Fortgang europäischer Integrationsbemühungen. Vor allem kam es – nicht zuletzt durch den Korea-

30 Siehe zu alldem ausführlicher R. Poidevin 1985, S. 409ff.

31 So antworteten beispielsweise noch im Jahr 1954 mehr als zwei Drittel der befragten Deutschen, dass eine gute Zusammenarbeit mit Amerika (69%) wichtiger sei als eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich (17%). Anders stellte sich hingegen das Ergebnis dar, wenn nach Adenauers Bestreben, zu einem guten Verhältnis mit Frankreich zu kommen, gefragt wurde. Bereits 1952 hielten dies fast zwei Drittel der Befragten für richtig (48%) bzw. richtig mit Einschränkungen (17%). Siehe E. Noelle/E. P. Neumann 1956, S. 345.

32 Siehe K. Arnold 1949.

krieg – zu einer zunehmenden Spaltung der Alliierten und folglich zur Verschärfung der Bipolarität. Dies wiederum nährte ein Interesse insbesondere der USA daran, die „Deutsche Frage“ zu lösen, demzufolge also auch die Möglichkeiten deutscher Wiederbewaffnung und der Eingliederung Deutschlands in das westliche Bündnissystem zu klären. Maurice Duverger warnte in einem bereits am 9. September 1947 in *Le Monde* erschienen Artikel vor der Gefahr, dass Deutschland, wenn es keine andere Chance der Anbindung in Europa gäbe, sich auch Russland zuwenden könne.³³

Diese, hier nur überblicksartig dargestellten, Nischenfaktoren lassen sich leicht in drei Gruppen zusammenfassen: *innerstaatliche* (und zwar sowohl französische als auch deutsche) Einstellungen und Vorbehalte auf der einen, *wirtschaftliche* sowie aus der *internationalen* politischen Konstellation geborene Rahmenbedingungen auf der anderen Seite, wobei es zweifelsohne Wechsel- und Verstärkerwirkungen zwischen diesen Teilbereichen gab. Natürlich lässt sich der spezifische Anteil der einzelnen Faktoren am Integrationsverlauf und an den jeweils stattfindenden Diskursen in der ersten Phase europäischer Ordnungskonstruktion nicht exakt bestimmen. Im Grunde ist das auch gar nicht erforderlich, denn unbestreitbar *beeinflussen* die Nischenbedingungen die jeweiligen Diskurse und prägen dadurch mehr oder minder stark die *Situationsdefinitionen* und somit das tatsächliche *Handeln*. Diskurse finden ja stets in sozialen Situationen statt, die ihrerseits nie von externen – und anderen machtvollen – Einflüssen frei sein können. Allerdings sind viele Situationen dadurch gekennzeichnet, dass es zu einem Ausgleich von Durchsetzungs-, Deutungs- und Verhinderungsmacht einzelner Akteure kommt.³⁴ Zumal in pluralistischen, freiheitlich-demokratischen Gesellschaften ist von der Existenz solcher Freiheitsgrade auszugehen. In totalitären oder autoritären Regimen ist das gewiss anders, weshalb dort die wirklichkeitskonstruktive Kraft von Diskursen geringer sein kann beziehungsweise das fragile Konstrukt des ‚richtigen Diskurses‘, also des von den Machthabern erwünschten Diskurses, stets durch die entsprechenden Mittel der *politics of reality*³⁵ abgesichert werden muss – und zwar durch den Einsatz jener wirklichkeitskonstruktiven Methoden, welche die Geltung bestimmter Situationsdefinitionen garantieren sollen.³⁶

Es wäre verfehlt, bei jenen ordnungskonstituierenden Diskursen, die zur Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl geführt haben, davon zu schreiben, dass sie unter Bedingungen von autoritärer Herrschaft stattgefunden hätten. Zwar gab es ein Machtungleichgewicht zu Lasten Deutschlands. Doch keines-

33 M. Duverger 1947.

34 Zu den entsprechenden Formen der Macht siehe W. J. Patzelt u.a. 2005, S. 37.

35 Siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 115ff.

36 Siehe zur Wirklichkeitskonstruktion speziell im Totalitarismus den gleichnamigen Aufsatz von W. J. Patzelt 1998.

wegs waren jene Diskurse dergestalt geprägt, dass eine ‚richtige‘ Sinndeutung von vornherein bestimmt gewesen wäre. Aber zweifelsohne waren die Freiheitsgrade des Handelns unter den Bedingungen der Nachkriegszeit und speziell unter den gerade genannten Rahmenbedingungen andere als beispielsweise bei jenen Diskursen, die – mehr als 50 Jahre später – zur Verabschiedung des Lissaboner Vertrags führten.

3. ORDNUNGSGENERIERENDE DISKURSE ZENTRALER AKTEURE

3.1 Diskursives Repertoire und zeitlicher Rahmen

Bei der Wirkung der geschilderten Umstände, Einflussnahmen und Hemmnisse nimmt es fast wunder, dass es überhaupt zu einer europäischen Einigung kam. Dass dies trotzdem gelang, lässt vermuten, dass es abseits der vielen ‚Sachzwänge‘ tatsächlich darüber hinaus wirkende geistige Grundlagen gab, die als diskursives Repertoire des Transzendenten dienten und in der Gründungsphase sinnstiftende Wirkung entfalten konnten.

Folgt man den Gedankenlinien Wilfried Loths, so lassen sich letztlich vier Themenbereiche identifizieren, deren Wirken nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum Erstarken supranationaler Ordnungsgedanken führte. Zunächst war dies die zwischenstaatliche Anarchie, die zu vielen Kriegen mit Millionen von Toten in Europa geführt hatte, was sich nur durch ein *friedliches* Zusammengehen der Völker Europas überwinden lassen konnte. Sodann war es die „Deutsche Frage“, also die Suche nach einer Antwort darauf, wie man Deutschland Entfaltungsmöglichkeiten bieten konnte, ohne ihm Hegemonie zu ermöglichen oder zuzuweisen. Des weiteren waren da national nicht zu bewältigende marktwirtschaftliche Probleme, die sich deshalb einstellten, weil die nationalen Märkte für eine effiziente Produktionsweise zu eng wurden. Und letztlich spielte eine Rolle, dass sich Europa unter den Bedingungen der sich verschärfenden Bipolarität zweier Weltmächte zu behaupten hatte, um weder zwischen diesen beiden Polen aufgerieben noch von einer Seite dominiert zu werden.³⁷

Gabriele Clemens hat im Rahmen ihrer Analysen von für ein einheitliches Europa werbenden Filmen festgestellt, dass sich darin sechs wesentliche Motive identifizieren lassen, die den Zuschauern positive Einstellungen zum europäischen Einigungsgedanken nahebringen sollten. Dies waren: Abgrenzung von der Vergangenheit; Abgrenzung von anderen Kontinenten und Systemen; das positive Europabild bzw. der europäische Mensch, der überall dieselben Sorgen und Nöte hatte; sowie

37 W. Loth 2007, S. 37f.

das kulturelle, wirtschaftliche und politische Europa, wobei der politische Aspekt eine dem wirtschaftlichen Aspekt eher nachgeordnete Rolle spielte.³⁸

Versucht man nun, aus dieser Gemengelage auf mögliche Diskursrepertoires für den Aufbau einer europäischen Ordnung zu schließen, so lassen sich im Wesentlichen drei Komplexe identifizieren, aus denen Rückgriffe auf Unverfügbares gespeist werden könnten:

- Vergangenheitsbewältigung
- Schicksalsgemeinschaft
- gemeinsame europäische Identität im weitesten Sinne.

Es ließen sich im Grunde aus allen drei Themenkomplexen geeignete Transzendenzbezüge ‚generieren‘. Doch wie findet sich all das in die ordnungsbegründenden Vorstellungen der Akteure eingelassen? Um dies zu ergründen, sind die diskursiven Bezugnahmen auf Unverfügbares in drei Stadien der europäischen Integration zu beobachten: im engen zeitlichen Rahmen *vor*, *während* und *nach* der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Diese diachrone Betrachtungsweise, einsetzend mit den während der Kriegs- und Nachkriegszeit formulierten Europavorstellungen über jene, die im weiteren Kontext der Verabschiedung des Montanvertrags vorgebracht wurden, bis hin zu daran anschließenden kommunikativen Rechtfertigungspraktiken der diskursiv hervorgebrachten Ideen, hat mindestens zwei Vorteile. Einesteils kann die Prozesshaftigkeit der Ordnungskonstruktion auch in den diskursiven Bezugnahmen nachvollzogen werden; andernteils werden Effekte, die sich aufgrund der oben genannten ‚Sachzwänge‘ einstellen, besser in ihrem tatsächlichen Wirksamwerden entschlüsselt, da sie im diskursiven Prozess der Ordnungsbegründung ihre Rolle spielen, in welchem aber nicht alle diese Zwänge jederzeit gleichermaßen wirken. Es ist eben ein Unterschied, ob sich die politischen Akteure noch im Stadium der Beschreibung einer Ordnungskonzeption, schon in der direkten Gründungsphase oder dann in der Phase des nacheilenden Beurteilens befinden. Vollkommen unterschiedlich sind deshalb in den einzelnen Phasen die diskursiven Rechtfertigungsnotwendigkeiten gegenüber anderen politischen Akteuren, aber auch gegenüber der jeweils repräsentierten Bevölkerung. Folglich werden die Sinndeutungen politischer Akteure entsprechend unterschiedlich ausfallen können.

3.2 Ordnungskonzeptionen

Die entscheidenden ordnungsgenerierenden Bezugnahmen lassen sich in situationsdefinierenden und damit auch tatsächlich handlungsanleitend werdenden Diskursen

38 G. Clemens 2007, S. 54ff.

finden. Also wird man besonders ergiebige Fundorte dort vermuten, wo zentrale politische Akteure verschiedener europäischer Staaten in Texten oder Reden ihre – später auch tatsächlich ordnungswirksam werdenden – Gedanken zum Ausdruck gebracht haben. Gemäß dem Motto Jean Monnets, wonach nichts ohne die Mitwirkung von Menschen möglich, aber auch nichts ohne die Entstehung von Institutionen dauerhaft ist,³⁹ können als zentraler Ausgangspunkt solcher Betrachtungen jene Schriften dienen, die bereits vor dem 9. Mai 1950 und damit vor der Ausrufung des Schuman-Plans von unterschiedlichen Akteuren verfasst wurden. Auch wenn darin die später handlungsleitend werdenden Ideen ‚nur‘ als Ordnungsfiktionen⁴⁰ vorhanden sind, entfalteten sie doch insofern ordnungsgenerierenden Charakter, als sie etwas über eine imaginierte, ja *ex ante* konzipierte Ordnung aussagen, die in der Folge dann in dieser oder eben auch abgewandelter Form tatsächlich hervorgebracht wird. So schrieb etwa Jean Monnet im algerischen Exil bereits 1943:

„Es wird keinen *Frieden* in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten erneut auf der nationalen Souveränität beruht, die zwangsläufig mit einer auf Ansehen ausgerichteten Politik und wirtschaftlichem Protektionismus einhergeht. Wenn die europäischen Staaten sich erneut gegeneinander abschirmen, wird es wieder riesiger Armeen bedürfen. Einige Länder werden dies laut zukünftigem *Friedensvertrag* können, anderen wird es verboten sein. Bereits 1919 haben wir Erfahrungen mit dieser Methode gemacht und kennen ihre Folgen. Intereuropäische Bündnisse werden geschlossen werden. Wir wissen, wie viel sie wert sind. Soziale Reformen werden durch das Gewicht der Militärhaushalte verhindert oder verzögert werden. Europa wird *ein weiteres Mal in Angst erbaut* werden (alle Hervorhebungen von SD).“⁴¹

In dieser Aussage wird recht deutlich, was als zentrales Argument für die Schaffung einer neuen – europäischen – politischen Ordnung dient: einesteils die Notwendigkeit, Frieden in Europa herzustellen, andernteils die Erkenntnis, dass es sich – ganz so, wie in Gabriele Clemens‘ Analyse von Werbefilmen gezeigt – bei Europa um eine Schicksalsgemeinschaft handelt, in der die einzelnen Staaten einander ‚ausgeliefert‘ sind. In diesen Kontext passt dann auch die Sichtweise von Pierre-Henri Teitgen, einem der führenden Akteure bei der späteren Ausarbeitung der europäischen Menschenrechtskonvention. Dieser sagte in einer Debatte über die Ratifikation der Statuten für den Europarat in der französischen *Assemblée nationale*, dass

39 Siehe J. Monnet 1978 [1976], S. 387.

40 Dennoch können auch diskursive Ordnungsfiktionen natürlich dann eine prägende und handlungsanleitende Kraft entwickeln, wenn sie – einstmals als Idee in die Welt gesetzt – durch sich verändernde Umweltzustände aus dem Fiktionalen in den tatsächlich situationsdefinierenden und dann auch handlungsanleitenden Diskursrahmen überführt werden. Dies geschieht dadurch, dass das, was zuvor Fiktion war, von mehr und mehr Personen als geeignetes Argument der Interaktion akzeptiert wird und es als ‚normal‘ gilt, genau darauf Bezug zu nehmen, um sein Handeln zu begründen.

41 J. Monnet 1943.

es eine evidente Notwendigkeit sei, Deutschland in Europa zu integrieren, da dies nicht nur die einzige Lösung für die europäische, sondern auch die richtige Lösung für die deutsche Frage sei. Nur so sei es überhaupt möglich, das deutsch-französische „Duell“ zu beenden.⁴² Zwar wird hier die Frage einer Schicksalsgemeinschaft auf das deutsch-französische Verhältnis reduziert: Doch natürlich ist dies auch der Nukleus des Gedankens einer europäischen Schicksalsgemeinschaft, weil diese beiden Nationen eben jene Staaten waren, zwischen denen in weniger als 80 Jahren drei Kriege stattgefunden hatten, die ihrerseits erhebliche Auswirkungen auf viele europäische Staaten und damit auf die Verfasstheit Europas insgesamt zeitigten.

Der Italiener Altiero Spinelli, später Abgeordneter des Europäischen Parlaments und einer der ‚Ziehväter‘ des vom Europäischen Parlament ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs von 1984, schrieb bereits im Jahr 1945 über seine Idee eines Nachkriegs-Europa:

„Having reached the end of the war, if we turn our attention to the past events and consider once again what is the sole rational solution for the many problems of European civilization, we must again conclude that Europe can become an element of order in the world and a bastion of law, liberty and well-being, only if there is an effective limitation of the sovereignty of its component states and if they are united in a federation.“⁴³

Altiero Spinelli, im Übrigen ein überzeugter Kommunist, weist also darauf hin, dass jede Form der europäischen Integration, jeder Versuch, die Probleme der europäischen Zivilisation zu lösen, nur über den Verzicht auf nationale Souveränität und mittels der Gründung einer Föderation gelingen könne. Jene Probleme sind offenkundig in den vormals vom souveränen *jus ad bellum* geprägten kriegerischen Zuständen zu finden, die es nun für immer zu beseitigen gilt. Auch wenn hier die tatsächliche Ressource der Ordnungsbegründung zunächst verschleiert bleibt, ist doch evident, dass es um eine ‚gerechte‘ Ordnung geht, in welcher die grundlegenden Rechte aller freiheitlichen und demokratischen Staaten weitergelten.

Hier bahnt sich ein weiteres, ganz zentrales Motiv des europäischen Ordnungsdenkens nach dem Zweiten Weltkrieg an, das freilich weniger von Altiero Spinelli, durchaus aber von anderen politischen Akteuren genannt wurde. Es geht nämlich nicht mehr allein darum, eine bestimmte politische Ordnung mit Verweis auf deren friedenserhaltende Qualität zu begründen, sondern zunehmend auch darum, sich von der Gefahr einer kommunistischen Gesellschaftsordnung abzugrenzen, die wie ein Damoklesschwert über den westeuropäischen Staaten schwebte. Was durch solche Aussagen unverfügbar gemacht werden soll, lässt sich recht leicht dekuivieren

42 P.-H. Teitgen 1949, S. 102.

43 A. Spinelli 1945, S. 145ff.

– nämlich eine freie pluralistische Gesellschaft, die es gegen äußere Einflüsse abzusichern gilt. So formulierte etwa der langjährige (1948-55) italienische Staatspräsident Luigi Einaudi:

„It is a task that requires deeds, not merely words. It is vain to preach peace and concord when Hanibal is at the gates, when nationalist passions are reviving in the breasts of all too many Europeans. It is not enough to preach the United States of Europe and convene parliamentary conferences. The important thing is that the parliaments of these minute states that compose divided Europe should give up part of their sovereignty to a parliament comprising a chamber elected directly by the population of Europe as a whole, in proportion to their numbers and regardless of the state they belong to, and also a chamber in which the states should each be presented by an equal number of members.“⁴⁴

Eine der einflussreichen und damit ‚ordnungsbegründenden‘ Reden hielt Winston Churchill, der zwar Großbritannien aus einem Projekt der europäischen Ordnungskonstruktion explizit ausklammert, doch eine klare Vorstellung davon entwickelt hatte, was die Triebkräfte des Krieges waren und folglich die handlungsmotivierenden Kräfte europäischen Friedens sein müssten. In seiner Züricher Rede sagte er zunächst: „If Europe is to be saved from the infinite misery, and indeed from the final doom, there must be this act of faith in the European family, this act of oblivion against all crimes and follies of the past.“⁴⁵

Mit diesen Worten ist ziemlich deutlich umrissen, dass es aus Churchills Sicht schon deshalb eine neue politische Ordnung in Europa brauchte, weil es den europäischen Untergang zu verhindern galt. Folglich erstaunt es auch wenig, dass auf die europäische Schicksalsgemeinschaft Bezug genommen wird, der jeder europäische Staat unweigerlich angehöre. Somit ist auch die hier angeführte Unverfügbarkeit leicht zu entdecken, nämlich die Tatsache, dass sich die europäische Geographie nicht ändern lässt und somit die Staaten entweder gemeinsam prosperieren oder gemeinsam untergehen. Der praktische Vorschlag Churchills ist deshalb auch, dies lieber eher als später einzusehen und dementsprechend eine Gemeinschaft zu gründen:

„Under and within this world concept (der Vereinten Nationen, SD) we must re-create the European family in a regional structure called, it may be, the United States of Europe, and the first practical step will be to form a Council of Europe. [...] The *salvation of the common people of every race and every land from war and servitude* (Hervorhebung SD) must be es-

44 L. Einaudi 1947, S. 171.

45 W. Churchill 1946.

tablished on solid foundations, and must be created by the readiness of all men and women to die rather than to submit to tyranny.“⁴⁶

In ähnlicher Weise argumentierte – freilich schon angesichts der sich anbahnenden Entwicklungen zwischen Frankreich und Deutschland – der ehemalige italienische Staats- und spätere Ministerpräsident Alcide de Gasperi,⁴⁷ als er im Februar 1950 über das Projekt einer Europäischen Union schrieb:

„Our American friends must not consider European union as a new creation – one of the many international institutions that sprang up at particular historical moments on the initiative of men of good will who desire to consolidate peace, harmonize discordant views and eliminate disputes. Although such institutions are new, they are indispensable and can easily be constructed in perfect accordance with the schemes of their inventors.

European union, on the one hand, is based on *an existing reality* (Hervorhebung, SD) – it is not a new creation, still less it can become a superstructure. This is its strength, and the basis of our secure confidence. Europe exists, and therefore we can never set up a superfluous institution with no basis in reality.“⁴⁸

Alcide de Gasperi betont hier nicht nur, dass der überwölbende Gedanke eines europäischen Zusammenschlusses auf der Friedensnotwendigkeit gründet, sondern er stellt die zu schaffende Gemeinschaft gleichsam als eine bereits bestehende Realität dar, welche zwar noch institutionell, nicht aber hinsichtlich ihrer tatsächlichen geistigen Grundlagen zu konstituieren sei. Nun gründen sich politische Ordnungen aber nicht allein auf die bereits erreichten oder zumindest als verbindlich angenommenen Grundlagen, sondern auch auf als realistisch angegebene Versprechen zukünftiger Entwicklung. Paul-Henri Spaak, später erster Präsident der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zum Zeitpunkt der Rede Vorsitzender der parlamentarischen Versammlung des Europarats, beschrieb in einer am 17. November 1949 gehaltenen Rede, was seiner Meinung nach die Schaffung eines gemeinsamen Europas bedeute:

„Making Europe means realizing that we shall certainly have to sacrifice a number of things, perhaps even some legitimate interests, with the intention or, better, the certainty that in time the whole European community to which we belong will find in the new system greater prosperity, happiness and well-being.“⁴⁹

46 Ebd.

47 Alcide de Gasperi war kurzzeitig – von Mitte Juni bis Anfang Juli 1946 – provisorisches italienisches Staatsoberhaupt, bevor dieses Amt von Enrico de Nicola bis zur ersten Wahl eines Präsidenten der Republik im Mai 1948 übernommen wurde.

48 A. de Gasperi 1950, S. 251.

49 P.-H. Spaak 1949, S. 331.

Die Aufgabe einer europäischen Ordnung besteht demnach auch darin, für ein höheres Maß an Glückseligkeit zu sorgen, wobei die Konkretisierung dieses – etwa auch in der US-Unabhängigkeitserklärung beschworenen – Ziels noch unausgedeutet blieb, eine friedliche Gemeinschaft aber eine selbstverständliche Voraussetzung war, um diesem Ziel näherzukommen.

Eine europäische Ordnung sollte also eine gute Ordnung sein – eine, die den Frieden in Europa garantiert, für Prosperität des europäischen Raums sorgt und zudem in ihren geistigen Grundlagen ohnehin schon bestand. Koos Vorrink, einer der charismatischsten Politiker der Niederlande in der Nachkriegszeit und zeitweilig Vorsitzender der *Partij van de Arbeid*, schrieb in einem Leitartikel für die Parteizeitung *Paraat* am 5. November 1948:

„No – those who advocate European unity, and even those who aim at West European union as a step towards it, have not abandoned the lofty ideal on which the United Nations organization is based.

They know that *peace* (Hervorhebung, SD), the supreme objective of all mankind, can only be achieved in a truly united world. But they also know that for many reasons that supreme objective cannot be attained at once. There must first be regional associations of countries and people whose economic and social conditions and political structure make such association possible.“⁵⁰

An späterer Stelle griff Vorrink, der vor einer zu großen Euphorie warnte und gleichzeitig für eine Lösung auf globaler Ebene zur Friedenssicherung plädierte, auch das Motiv des Kampfes gegen den Kommunismus als zentrales Antriebselement für eine europäische Ordnung auf. So berichtete er beispielsweise darüber, es sei das erklärte Ziel des Kominform, den Marshall-Plan zu sabotieren, was es zu verhindern gelte. Dazu jedoch sei eine stärkere – nämlich föderale – europäische Zusammenarbeit notwendig.⁵¹ Dieser argumentative Bezug baute indes darauf, dass eine weithin akzeptierte Gültigkeit für die Überzeugung existierte, beim Kommunismus handele es sich um eine eindeutig abzulehnende Gesellschaftsordnung. Nur dann kann daraus nämlich Legitimation für das Gegenmodell eines freien und föderalen Zusammenschlusses erwachsen. Allgemeiner lässt sich ein ähnlicher, aber nicht auf den Kommunismus bezogener Rekurs in den Worten Pieter J. Ouds finden, der schrieb, es gelte mit einem föderalen Europa die christliche Zivilisation gegen jede Form des Totalitarismus zu verteidigen, da Humanismus und Christentum eng miteinander verwoben seien.⁵² Hier gesellt sich ein Appell zur Aufrecht-

50 K. Vorrink 1948, S. 395.

51 Ebd. S. 396f.

52 P. J. Oud 1949, S. 426.

erhaltung christlich humanistischer Ideale⁵³ zur generellen Bezugnahme auf die Abkehr von jeder Art des Extremismus und einer Bezugnahme auf den notwendigerweise herzustellenden Frieden. An dieser Stelle wird also eine weitere Form des die menschliche Dispositionsfreiheit Übersteigenden greifbar, mit welcher die Herstellung einer europäischen Ordnung begründet werden soll: die Verteidigung der europäischen Ideale, die – so zumindest vielfach die Meinung niederländischer politischer Akteure – nur in einer föderalen Gemeinschaft gelingen könne. Das Unverfügbare ist hier im europäischen Humanismus oder in einem ‚europäischen Geist‘ zu finden. Folglich dient der Verweis darauf, dass dieser in Gefahr sei, als Begründung für eine neu zu schaffende Ordnung, die eben genau dessen Erhaltung dient.

Eine besondere Rolle spielt bei der Ausgestaltung europäischer Ordnungskonzeptionen natürlich die deutsche Haltung. Dabei überrascht wenig, dass der Aufbau einer europäischen Ordnung zwar im Grunde begrüßt wurde, die Positionen Adenauers und Schumachers, der beiden zentralen Akteure von CDU und SPD, aber deutlich voneinander abwichen. Folglich sind gerade die Bezugnahmen Adenauers auf Unverfügbares zur Ordnungskonstruktion von Relevanz. Dieser musste die Westbindung ja sowohl gegen Teile der parlamentarischen Opposition als auch gegen Widerstände in nennenswerten Teilen der Bevölkerung durchsetzen, und obendrein musste er auch die übrigen europäischen Staaten von der Ernsthaftigkeit des deutschen Integrationswillens überzeugen. Also brauchte es recht durchschlagskräftige Argumente, um eine überstaatliche Ordnungskonstruktion in und mit einem Staat durchzusetzen, dem es überhaupt noch an staatlicher Souveränität mangelte. Freilich war dann auch nichts fraglos Besessenes aufzugeben – sondern, ganz im Gegenteil, durch Linderung unmittelbarer Siegerkontrolle neuer Freiraum für Deutschland zu gewinnen. Zwar findet sich vor der Zeit des Schuman-Plans wenig Konkretes von Konrad Adenauer zur Frage einer europäischen Ordnungskonstruktion. In seinen „Erinnerungen“ schrieb er jedoch über die ihn bewegenden Europaideen während des Haager Kongresses von 1948, dass die

„CDU seit ihrem Bestehen aus tiefer Überzeugung für eine europäische Föderation ein[trat]. Wir sahen und sehen in ihrer Schaffung die alleinige Möglichkeit, den Bestand, die Tradition und den Einfluß Europas zu retten.“⁵⁴

Und bereits 1946 hatte Adenauer in einer Radioansprache gesagt:

53 Ähnlich auch bei Hans Ehard (1948), der schreibt, dass alle Anstrengungen zur Formung einer westlichen Kultur auf christlichen Einstellungen beruhen.

54 K. Adenauer 1987 [1965], S. 211.

„Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zukunft die Vereinigten Staaten von Europa, zu denen Deutschland gehören würde, geschaffen werden, und daß dann Europa, dieser so oft von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines dauernden Friedens genießen wird.“⁵⁵

Kurt Schumacher, wichtigster Gegenspieler Adenauers in Deutschland, schrieb in einem Artikel in der *Zeit* vom 4. April 1946, dass Frieden, Freiheit und Sozialismus jene zentralen Werte seien, die eben größer als die Nazi-Propaganda und deshalb auch die beste Reparation [sic!] wären, welche die Deutschen zahlen könnten.⁵⁶ Eine weitere wichtige, nur auf den ersten Blick eher randständige Dokumentenquelle findet sich in dem Brief der „Europäischen Gemeinschaft“⁵⁷ an den Generalsekretär der „Europeesche Actie“ Hans Dieter Salinger. Dieses von einer Gruppe um Clemens R. Amelunxen, dem Sohn des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, verfertigte Schriftstück ist ein Plädoyer für einen europäischen Zusammenschluss, der mit der natürlichen und kulturellen Einheit Europas begründet wird, welche sich wiederum in der physischen und psychischen Verwandtschaft der europäischen Bevölkerung verankert finde.⁵⁸ Ähnlich argumentierte auch der erste Ministerpräsident des Freistaats Bayern, der von einer geistigen und psychologischen Haltung der Europäer sprach, welche sie eine.⁵⁹

Anders als in Deutschland zeigt sich am Beispiel Dänemarks, dass es auch nicht zu übersehende Ressentiments hinsichtlich einer europäischen Einigung gab und stattdessen auf die Vereinten Nationen als Regulator europäischer Probleme gesetzt wurde. Dies mag einer der Gründe sein, warum Dänemark nicht zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft gehörte, ihr erst später beitrug und auch danach eine eher europaskeptische Haltung bewahrte. Deutlich wird dies vor allem in den kritischen Reaktionen auf die Rede Churchills in Zürich, denn die Bedeutung der europäischen Einigung als Fundament einer neuen – friedlichen – politischen Ordnung wurde erst später akzeptiert. Ein Beispiel für solchen Sinneswandel gibt der Journalist Eigil Steinmetz, der sich vom Saulus zum Paulus gewandelt zeigte, als er 1947 schrieb: „The nations of Europe must stand together to ensure peace and preserve their cultural inheritance and freedom. The object must be to unite all European nations.“⁶⁰

55 K. Adenauer 1946 (zitiert nach W. Weidenfeld 1994, S. 97).

56 K. Schumacher 1948 [1946], S. 145.

57 Hierbei handelt es sich natürlich nicht um jene Europäische Gemeinschaft(en) (EG), die erst Jahre später gegründet wurden, sondern um eine Gruppe, die sich in verschiedenen westdeutschen Städten weitgehend informell zusammengefunden hatte, um über die Zukunft Europas zu diskutieren. Freilich ergibt sich daraus sogleich, dass diese auf den Ordnungsdiskurs einen nur begrenzten Einfluss hatten. Dennoch sind derlei Ordnungsvorstellungen insofern wichtig, als sie Ordnungskonzeptionen abseits der Vorstellungen der politischen Akteurselite zeigten.

58 Siehe „Europäische Gemeinschaft“ 1946, S. 473.

59 H. Ehard 1948.

60 E. Steinmetz 1947, S. 578.

Eine eher reservierte Argumentationslinie fand sich auch beim damaligen Sprecher der dänischen Konservativen, Ole Bjørn Kraft, der nicht die europäische Einigung, sondern die Unterstützung durch die USA in den Mittelpunkt rückte, weil nämlich die Teilung in Ost und West eine unumstößliche Realität sei. Deshalb, und hier finden sich viele der Zentralargumente zahlreicher anderer europäischer Akteure, wären nur durch europäische Zusammenarbeit mit den USA Frieden, ökonomische Gesundung und Demokratie möglich.⁶¹

Insgesamt lässt sich an diesen Diskursfragmenten aus Reden und Zeitungsbeiträgen unterschiedlicher europäischer Akteure ablesen, dass sich eine Fülle von möglichen Bezugnahmen auf Transzendentes in solchen Texten findet, in denen es um die Frage einer zukünftigen europäischen Ordnungskonstruktion geht. Folgende Liste potentieller Transzendenzressourcen lässt sich aus den Diskursfragmenten ableiten:

- Die *Friedensnotwendigkeit* und der *Frieden* im Allgemeinen sind stets und von allen politischen Akteuren bemühte Kategorien zur Begründung einer neuen europäischen Ordnung. Die Ubiquität der Rekurse hierauf zeigt, dass es sich um gemeinsam geteilte Wissens- und Deutungsbestände handelt, die auch nicht in Frage gestellt werden.
- Die europäische *Zivilisation* und die europäische *Kulturgemeinschaft* sind weitere Bezugnahmen auf Unverfügbares, wobei sie nicht gleichermaßen oft wie die Friedensthematik als Ressource genutzt werden.
- Ferner sind da Bezugnahmen auf eine *Schicksalsgemeinschaft* Europa, die sowohl eine *geographische* als auch eine *kulturelle* Komponente enthalten. Dabei ist die geographische Zugehörigkeit in der Tat unverfügbar, weil diese nun wirklich nicht veränderbar ist, während die Zugehörigkeit zur kulturellen Schicksalsgemeinschaft durchaus fragwürdig ist und seltener als Begründung genutzt wird – ebenso selten wie der Rekurs auf Europas *christliche Wurzeln*, der nur vereinzelt – wie etwa bei Pieter J. Oud,⁶² Hans Ehard⁶³ oder Martin Niemöller – als Argumentation für ein vereinigtes Europa vorgenommen wird.
- Anders ist es mit Bezugnahmen auf die Sicherung europäischer *Autonomie und Unabhängigkeit*. In einer Zeit immer stärkerer Bipolarität wird diese Argumentation natürlich zu einer tragfähigen Ressource für den westlichen Teil Europas. Mit beiden Ressourcen ist dabei eine doppelte Konnotation verbunden: Es geht – wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen – um eine Unabhängigkeit gleichermaßen gegenüber den USA und der UdSSR. Eben sie könne durch Gemeinschaftsbildung erweitert werden.

61 O. B. Kraft 1948, S. 591.

62 P. J. Oud a.a.O.

63 H. Ehard a.a.O.

- Zwar selten, aber durchaus schon in den Diskursen präsent ist der Bezug auf das europäische *Wohlergehen*, allerdings zumeist bezogen auf die ökonomische Ebene und weniger auf die soziale.
- Eine ebenfalls nicht selten bemühte Ressource ist die Referenz auf europäische *Sicherheit*, wobei diese in zwei Richtungen diskursiv eingekleidet wird: Einerseits geht es um die Sicherheit vor der Sowjetunion und damit um die Sicherung der Freiheitsrechte der Staaten, andererseits um Sicherheit vor einem wiedererstarkenden Deutschland.

Aus diesen Versatzstücken europäischer Ordnungskonzeptionen scheint eine ganze Reihe von potentiellen Argumentationsressourcen auf, die geeignet wären, als diskursive Referenzen für eine europäische Ordnungskonstruktion zu dienen. Offenkundig haben nicht all diese Bezugnahmen gleichermaßen ordnungskonstruktiv gewirkt. Das ist aber nicht überraschend, gibt es doch in jedem Diskurs unterschiedliche Diskursstränge⁶⁴ und Diskursfelder, auf welche sich die einzelnen Akteure unterschiedlich gern einlassen und die sie, aufgrund ihrer persönlichen und politischen Sozialisation, überhaupt nutzen. Welche dieser möglichen Bezugnahmen nun aber tatsächlich eingesetzt wurden und auf welche Weise sie im Rahmen wirklichkeitskonstruktiven Aufbaus einer sinnhaften Ordnung ihre Wirkungen zeitigten, ist nun für die Phase voranschreitender Integration zu prüfen.

3.3 Diskursive Geltungsbegründung in der Anbahnungsphase europäischer Gemeinschaftsordnung

Als Anbahnungsphase der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird hier jener Zeitraum gefasst, der mit der Verkündung des Schuman-Plans beginnt und bis zur tatsächlichen Aufnahme der Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der Montanunion reicht. Der Reigen möglicher Bezugnahmen auf Unverfügbares ist dabei zwar recht umfangreich, nicht aber ist jede potentielle Ressource gleichermaßen geeignet, sich im Diskurs auch tatsächlich als ordnungskonstruktiv zu erweisen. Das hat mit der *Position des Sprechers* ebenso zu tun wie mit der *memetischen Fitness*⁶⁵ bestimmter Bezugnahmen sowie mit den *Umständen*, unter denen die Äußerungen zustande kommen. Tatsächliche Durchschlagskraft erweist

⁶⁴ Siehe dazu S. Jäger 2006.

⁶⁵ Memetische Fitness bezeichnet hier folgendes: Ein Mem ist ein kulturelles Muster, das repliziert, variiert und selektiert werden kann. Die Fitness hängt von der Eignung dieses kulturellen Musters ab, in einer bestimmten Umweltsituation auch tatsächlich zu bestehen sowie weitervererbt zu werden, also positiv selektiert zu werden. Das heißt für die hier vorliegende Fragestellung, dass eine bestimmte Bezugnahme auch tatsächlich in einem lokal-situativen Kontext eingesetzt und dann durchschlagskräftig sein muss. Ist sie dies, dann ist sie als memetisch fit zu werten. Siehe zu memetischer Fitness ausführlich J. Lempp 2007.

sich dann, wenn es in Diskursen zwischen einzelnen Akteuren kontrovers zugeht oder aufgrund der Sprech- oder Schreibsituation eine Umstrittenheit der Situationsdefinition erkennbar wird, also nicht eindeutig für jeden Diskursteilnehmer erkennbar ist, wie genau das Gesagte, Geschriebene oder Symbolisierte zu entschlüsseln ist.⁶⁶ Denn hier zeigt sich ganz besonders die wirklichkeitskonstruktive und damit ordnungsgenerierende Kraft bestimmter diskursiver Ressourcen, die sich in genau solchen Situationen entweder durchsetzen oder wirklichkeitskonstruktiv folgenlos bleiben. Somit ist zu prüfen, auf welche der genannten Unverfügbarkeiten in den Gründungsdiskursen ganz konkret Bezug genommen wurde und welche unterschiedlichen Folgewirkungen sie entfalteten.

Ansatzpunkte sind Untersuchungen der innerfranzösischen Diskurse, vor allem geführt zwischen Jean Monnet und Robert Schuman, der innerdeutschen Diskurse und obendrein jener deutsch-französischen Diskurse, die den Weg zu den Verhandlungen ebneten. Immerhin war diese Beziehung der Dreh- und Angelpunkt bei der Aussöhnung Europas, wobei sich die Positionen der einzelnen Akteure aber durchaus unterschieden.

Am 3. Mai 1950, also knapp eine Woche vor Bekanntgabe des Schuman-Plans, verfasste Jean Monnet ein Memorandum, in welchem er noch einmal bekräftigte, warum eine europäische Einigung unverzichtbar sei:

„Für den Frieden in der Zukunft ist ein dynamisches Europa unverzichtbar. Ein Bund der ‚freien‘ Völker, an dem die USA teilnehmen, schließt nicht die Schaffung eines Europas aus; ganz im Gegenteil: weil dieser Bund sich auf Freiheit und damit auf Vielfalt gründet, wird Europa, wenn es sich den neuen Gegebenheiten der Welt angepasst hat, seine schöpferischen Fähigkeiten entwickeln, und so würde nach und nach eine ausgleichende Kraft entstehen.“⁶⁷

Spielte bei Monnets Gedanken neben der Frage der Freiheit auch die Ausbalancierung der politischen Kräfteverhältnisse eine Rolle, so fanden sich im von Robert Schuman am 7. Mai 1950 verfassten Brief an den deutschen Bundeskanzler andere Akzente. Hier dient als ordnungsbegründende Ressource vor allem der Friedensbezug:

„...bevor ich der französischen Regierung am morgigen Tage vorschlagen werde, eine wichtige Entscheidung für die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, Europas und des Friedens zu treffen, möchte ich Ihnen die Erklärung erläutern, die die Regierung auf meine Bitte hin akzeptieren und am Abend des 9. Mai veröffentlichen soll. Ich möchte Ihnen gleichzeitig darlegen, in welchem Geist ich diese Erklärung verfasst habe.

66 Zu Situationsdefinitionen als prägende Elemente von Handeln siehe insbesondere W. J. Patzelt 1987, S. 171ff.

67 J. Monnet 1950.

Der Weltfriede kann nur erhalten bleiben, wenn man den Gefahren, die ihn bedrohen, mit schöpferischen Leistungen begegnet. Friedliche Beziehungen sind ohne ein geordnetes, lebensvolles Europa mit seinen Beiträgen zur Menschheitskultur undenkbar. Als Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa war das Hauptziel Frankreichs über zwanzig Jahre lang stets der Dienst am Frieden. Europa ist nicht entstanden, dafür kam der Krieg.“⁶⁸

An kaum einer Stelle lässt sich so genau wie hier die Verbindung von Ordnungskonstruktion und der diese ‚Ordnungsnotwendigkeit‘ begründenden Ressource ablesen. Frieden – und zwar nicht nur allein der europäische, sondern der Weltfrieden – dient als zentrale Begründung für die Integration der Staaten Europas, welches überdies nur dann seine – wie auch immer gearteten – kulturellen Errungenschaften weitertragen könne, wenn ein konfliktfreier Zustand erreicht werde. Die offizielle Antwort Konrad Adenauers auf den Brief Schumans fiel, was nicht überrascht, positiv aus, wenngleich Adenauer weder in diesem Schreiben noch in dem an Schuman persönlich adressierten Brief Hinweise auf die Beweggründe für die Unterstützung zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaftsordnung erkennen ließ, also keinerlei Transzendenzrekurs vornahm. Auch in Herbert Blankenhorns⁶⁹ Tagebuchaufzeichnungen⁷⁰ finden sich zwar Zielsetzungen, die der deutsche Kanzler laut Blankenhorn mit dem Schuman-Plan verband, wie etwa die Lösung der deutschen Frage oder die Aussöhnung mit Frankreich. Es finden sich aber keine Begründungen, warum diese Einigung und vor allem eine weitergehende Ordnungskonstruktion notwendig seien.

Transzendenzrekluse sucht man womöglich ganz besonders dort, wo es um *Umstrittenes* geht. Während nämlich Schuman mit seinem Brief – sowohl innerstaatlich, da dessen Inhalt mit der französischen Regierung abgestimmt war, als auch gegenüber der deutschen Seite – überzeugen musste, war das bei Adenauer in seinem Antwortbrief gerade nicht der Fall. Der Kanzler war mit der Initiative sehr einverstanden und hatte keinen Grund, das Einverständnis auch noch argumentativ aufwendig zu untermauern. Auch wäre es unklug gewesen, eine seiner Ordnungskonzeptionen hier auszudrücken: Durch Aufbau einer *europäischen* Ordnung wurde Deutschland ein Stück weit dem Zugriff der *Alliierten* entzogen.

Jedenfalls liest sich auch die von Robert Schuman am 9. Mai 1950 verlesene offizielle Erklärung in ihren Anfangspassagen genauso wie der zuvor an Konrad Adenauer adressierte Brief. Es heißt:

68 R. Schuman 1950a.

69 Herbert Blankenhorn (1904-1991) war persönlicher Referent Konrad Adenauers, bevor er 1951 zum Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes wurde.

70 H. Blankenhorn 1980, S. 102.

„Der Weltfriede kann nur erhalten bleiben, wenn man den Gefahren, die ihn bedrohen, mit schöpferischen Leistungen begegnet. Friedliche Beziehungen sind ohne ein geordnetes, lebensvolles Europa mit seinen Beiträgen zur Menschheitskultur undenkbar.“⁷¹

Ebenso wie im Brief an Adenauer galt es für Schuman, in der an die Öffentlichkeit gerichteten Erklärung, zunächst die französischen Bürger, aufgrund der Tragweite des Vorschlags aber natürlich auch die politischen Akteure und die Bürger in den übrigen Ländern Europas, von der ordnungskonstruierenden Idee einer Montanunion zu überzeugen. Folglich war der Bezug auf Frieden als Ressource schon deshalb nützlich, weil Frieden eine universell einsetzbare Ressource zur Ordnungsbegründung ist, mit Bezug auf welche sich – wenige Jahre nach einem verheerenden Krieg – ordnungsgenerierende Gedankenspiele am leichtesten plausibilisieren ließen. Reaktionen in der Presse, wie etwa dem *Luxemburger Wort*⁷², der *Zeit*⁷³ oder der *Freien Presse* (Bielefeld),⁷⁴ zeigen dann auch, dass diese Wirkung nicht verfehlt wurde.

Anders hingegen stellte sich dies in jenen innerdeutschen Diskursen dar, welche sich nach dem Bekanntwerden des Vorschlags entspannen und deren Stoßrichtung man aufs Klarste in der Bundestagsdebatte vom 13. Juni 1950 ablesen kann. Genau dort musste sich nämlich erweisen, welche transzendenten Ressourcen im europäischen Ordnungsdiskurs besondere Durchschlagskraft entfalten konnten. Die Debatte wurde um die Frage geführt, ob die Bundesrepublik Deutschland dem Europarat als assoziiertes Mitglied beitreten solle; gleichzeitig wurde sie zur Aussprache über den Schuman-Plan. Es spielten dabei vor allem praktische Fragen, etwa der Besetzung der deutschen Verhandlungskommission, eine wichtige Rolle. Doch natürlich finden sich über die gesamte Debatte verstreut immer wieder Passagen, in denen Verweise auf Transzendentes sichtbar werden und die einer Befürwortung oder Ablehnung der neuen politischen Ordnung dienen. So spricht etwa Konrad Adenauer in seiner Erläuterung des Schuman-Plans davon, dass es...

„keine bessere Möglichkeit [gebe], dem französischen Volk die Zweifel an der *Friedensliebe* (Hervorhebung, SD) des deutschen Volkes zu nehmen, als wenn man diejenigen Produkte – Eisen und Stahl –, die nach wie vor die Hauptträger einer jeden Aufrüstung sein würden, so zusammenbringt, daß eben der französische Partner dieses Paktes über alles unterrichtet ist, was auf dem Gebiete von Eisen, Stahl und Kohle vor sich geht.“⁷⁵

71 R. Schuman 1950b.

72 „Luxemburger Wort“ vom 10. Mai 1950, S. 1.

73 „Die Zeit“ vom 18. Mai 1950, S. 1.

74 „Freie Presse“ (Bielefeld) vom 13. Mai 1950, S. 2.

75 Deutscher Bundestag 1950, S. 2460.

Auch hier findet sich zuvörderst die Bezugnahme auf Frieden, um die Notwendigkeit eines deutschen Engagements bei der Herstellung einer europäischen Ordnung zu begründen; ähnlich übrigens auch beim damaligen Außenminister Heinrich von Brentano, der formulierte, dass „dieser schreckliche Krieg mit einem echten europäischen Frieden seinen konstruktiven Abschluß finden muß“.⁷⁶ Aber nicht nur auf Seiten der damals regierenden Koalitionsvertreter, sondern auch bei der Opposition lassen sich Bezugnahmen finden, mit denen die Haltung zur in Aussicht gestellten Schaffung einer neuen politischen Ordnung begründet wird. Dabei wird auf Seiten der Sozialdemokratie recht unverhohlen eine ablehnende Einstellung gegenüber einer solchen Idee vorgetragen. Vor allem die ‚nationale Souveränität‘⁷⁷ dient zur Argumentation gegen die Errichtung eines europäischen politischen Ordnungssystems, etwa in der Form von Kurt Schumachers Aussage, es gehe bei der Frage eines engeren Zusammengehens von Frankreich und Deutschland in der Montanpolitik um die „Freiheit der Entscheidung unseres Volkes über das Eigentum an seiner großen Wirtschaft“⁷⁸. Abgerundet wird solche Skepsis durch das Argument, es dürfe nicht nur um ein „Kleinsteuropa des äußersten Westens“⁷⁹ gehen, sondern um ein gesamteuropäisches Projekt, da es sich nur dann um ein tatsächlich *europäisches* Werk handele, an dem sich auch die Sozialdemokraten beteiligen könnten. Mit dem Vorwurf der ‚Kleinstlösung‘ wird auf die ‚Schicksalsgemeinschaft Europa‘ Bezug genommen, welche sich eben nicht nur aus Deutschland und Frankreich konstituierte, sondern aus der geographisch evidenten Tatsache, dass die Staaten auf diesem Kontinent allesamt eng verwoben sind. Folglich müsse eine europäische Ordnungskonstruktion stets die Gesamtheit dieser Staaten umfassen.

Es regte sich aber nicht nur in Deutschland Widerstand gegen den Schuman-Plan, sondern auch in Frankreich. So erschienen kurz nach Bekanntgabe des Vorhabens im Quai d’Orsay Zeitungsartikel, die sich mit der Begründung gegen eine europäische Ordnungskonstruktion wandten, dass diese – ganz im Gegenteil zur Behauptung der Befürworter – den Frieden in Europa gefährde, weil die Deutschen nach wie vor eine Gefahr darstellten, und zwar sowohl wirtschaftlich wie auch militärisch.⁸⁰ Dabei spielte eine nicht unwichtige Rolle, dass Deutschland durch den Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung zwar einesteils in einem größeren Verbund eingeeht wäre, gleichzeitig aber Anerkennung als gleichberechtigter Partner in der europäischen Staatengemeinschaft fände. Dem war schlecht zu widersprechen. Zur Verteidigung des diesbezüglich mit französischen Interessen

76 Deutscher Bundestag 1950, S. 2469.

77 Mit ‚nationaler Souveränität‘ ist hier die Bezugnahme auf eben jenen für Nationalstaaten prinzipiell als unverfügbar geltenden Status gemeint, welcher im Falle der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts noch gar nicht wiederhergestellt war.

78 Deutscher Bundestag 1950, S. 2476.

79 Ebd., S. 2476.

80 Siehe dazu bspw. R. Humbert 1950.

ambivalent umgehenden Schuman-Plans fanden sich in der französischen Presse auch einige Texte, welche die geplante Ordnungskonstruktion argumentativ unterstützten, etwa jener des einflussreichen amerikanischen Journalisten Walter Lippmann. Der schrieb in *Le Figaro*:

„Ainsi le gouvernement français a radicalement modifié son attitude à l'égard de l'Allemagne. Au lieu d'un démembrement et d'une inégalité prolongés, M. Bidault et M. Schuman offrent à l'Allemagne une entière association franco-allemande, sur un pied d'égalité, dans les affaires européennes. En réalité, il s'agit de la plus audacieuse, de la plus constructive des initiatives gouvernementales depuis la fin de la guerre.

Le chancelier Adenauer n'a pas tardé à comprendre l'immense portée de la proposition française. La matérialisation de cette proposition permettrait la naissance de cette puissance européenne — ‚la troisième force‘ — qui est indispensable à la stabilisation de l'Europe et à la paix du monde.“⁸¹

Nicht nur handelt es sich laut Lippmann um eine konstruktive Idee, die auf der *Gleichheit* der beiden Staaten beruht, sondern obendrein wird dadurch eine dritte Kraft etabliert, wie sie für die Stabilisierung des Friedens in der Welt unverzichtbar sei. Die Friedensbegründung wird hier also ganz gezielt eingesetzt – überdies von einem französisch sprechenden und schreibenden Amerikaner, der so als ‚glaubwürdiger Advokat‘ in einer der einflussreichsten französischen Tageszeitungen für die Richtigkeit der Idee des Schuman-Plans fungieren konnte.

Den Grundgedanken einer auf Gleichberechtigung beruhenden Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland griff auch René Pleven auf, als er schrieb:

„Nous allons gagner la guerre comme nous l'avons gagnée en 1918. Mais, en 1919, nous avons perdu la paix. Nous l'avons perdue parce que nous avons traité les Allemands en vaincus. Si nous voulons prévenir la répétition de cette faute, nous devons imaginer en Europe une communauté de partenaires égaux.“⁸²

81 „Und so veränderte die französische Regierung radikal ihr Verhalten gegenüber Deutschland. Anstatt anhaltender Zergliederung und Ungleichheit boten Bidault und Schuman Deutschland eine ungeteilte und auf Gleichheit fußende deutsch-französische Partnerschaft in europäischen Angelegenheiten an. Seit dem Ende des Krieges ist dies wohl die mutigste und konstruktivste Regierungsinitiative.

Bundeskanzler Konrad Adenauer verstand sofort die immense Tragweite des französischen Vorschlags. Die Realisierung dieses Vorschlags würde die Geburt einer europäischen Macht – ‚der dritten Kraft‘ – sein, die unverzichtbar für die Stabilisierung Europas und den Frieden in der Welt ist.“ W. Lippmann 1950.

82 „Wir werden den Krieg wie schon 1918 gewinnen. Aber 1919 haben wir den Frieden verloren. Wir haben ihn verloren, weil wir die Deutschen wie Verlierer behandelt haben. Wenn wir diesen Fehler vermeiden wollen, sollten wir uns Europa als Gemeinschaft gleicher Partner vorstellen können.“ R. Pleven 1984, S. 24.

Pleven erkannte in der politisch herbeigeführten Asymmetrie zwischen Deutschland und Frankreich einen wesentlichen Grund für das Scheitern Europas nach dem Ersten Weltkrieg. Diese Ungleichheit als Sieger und Besiegte zugunsten eines gleichberechtigten Miteinanders aufzugeben, wäre also eine unhintergehbare Notwendigkeit zur Schaffung einer europäischen Friedensordnung. Eine gleichberechtigte Partnerschaft der Staaten hat natürlich, und hier schließt sich der Kreis zu den Äußerungen Kurt Schumachers, viel mit der Frage nationaler Souveränität zu tun. Von Gleichberechtigung selbst in einem weiteren Sinne zu schreiben, ohne die wechselseitige staatliche Autonomie anzuerkennen, ist einfach unmöglich. Und somit bekommt die Frage, wie sich diese beiden Unverfügbarkeiten – Frieden und gleichberechtigte Partnerschaft (Souveränität) – zueinander verhalten und welche Prägestkraft sie für den Ordnungsdiskurs haben, großen Stellenwert bei der Suche nach den tatsächlich ordnungsgenerierenden Ressourcen. Es zeigt sich, dass die Ressource der gleichberechtigten Partnerschaft, die für Pleven als unhintergehbare galt, durchaus umstrittener als die des Friedens war, so dass jene nur im Strahlglanz der Ressource Frieden überhaupt als diskursive Begründung für die Schaffung einer europäischen Ordnung eingesetzt werden konnte. Nicht ohne Grund zweifelte Schumacher ja genau daran, dass es gleichberechtigte Partnerschaft geben könne, solange es Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts und des Agierens der Ruhrbehörde verwehrt sei, über seine eigenen natürlichen Ressourcen zu verfügen.

Staatliche Gleichheit, so zeigt sich hier, ist ebenfalls nicht unbedingt und immer unverfügbar. Die Geltungskraft dieser Forderung zeigt sich erst im Diskurs selbst, also in jenem Moment, in dem es um die situationsdefinierende Kraft der jeweiligen Bezugnahme geht. Zweierlei Folgen sind nämlich zu beobachten. Entweder verfehlt der Rekurs auf Gleichheit seine handlungsanleitende Wirkung dergestalt, dass es zwischen unterschiedlichen Diskursteilnehmern zu verschiedenen Situationsdefinitionen ob der Frage einer auf staatlicher Gleichheit begründeten europäischen Ordnung kommt. Dieser Fall liegt vor, wenn die eingesetzte Ressource weithin nicht akzeptiert wird, wie das bezüglich Deutschlands in weiten Teilen der französischen Bevölkerung damals war. Oder Gleichheit wird als situationsdefinierende Ressource akzeptiert, deren Geltungskraft den Aufbau einer europäischen Ordnung prägt. Dann wäre Gleichheit fragloser Teil jenes Repertoires, aus dem Diskursbeteiligte schöpfen können. So verhielt es sich damals aber vor allem im Elitendiskurs, also nur in einem – freilich ausschlaggebenden – Teilsegment des Gesamtdiskurses. Dass Gleichheit und Souveränität damals gerade nicht unumstritten waren, erweist ihre beschränkte Leistungskraft als Ressourcen einer europäischen Ordnungs begründung. Besonders wirkmächtig sind diskursive Bezugnahmen nämlich gerade dann, wenn sie von allen akzeptiert werden, ohne dass es intensiver Reflexion bedürfte.

An diesem Beispiel lässt sich somit ablesen, dass das Transzendenzrepertoire zwar im Prinzip aus deutlich mehr als nur einer Bezugnahme auf Frieden bestand.

Aber die überwölbende und besonders leicht verfügbare, diskursive Ressource war eben jene des Friedens. Dies überrascht kaum, konnte bei der diskursiven Bezugnahme auf Frieden ja seitens der politischen Elite zu Recht angenommen werden, dass gerade diese Ressource zum gemeinsamen Wissensbestand der europäischen Bürger gehörte und, wenige Jahre nach einem verheerenden Krieg, wirkmächtig einzusetzen war. Gleichheit oder Freiheit waren hingegen Bestandteile des Transzendenzrepertoires, die nur innerhalb von Teilsegmenten der Gesellschaft zu überzeugen vermochten, nicht aber bei einer breiten Adressatenschaft. Da die politische Elite in pluralistischen repräsentativen Demokratien aber stets an die Wählerschaft rückgekoppelt ist, braucht es gegenüber den Adressaten von Politik natürlich den Rückgriff auf weithin akzeptierte Transzendenzressourcen. Nur unter deren Nutzung kann kommunikative Führung gelingen und lassen sich getroffene Entscheidungen plausibilisieren. Da die jüngere Geschichte in Deutschland, Frankreich und den übrigen europäischen Staaten aber zu recht unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen geführt hatte, war das Repertoire an gemeinsamen Wissensbeständen und Deutungsmustern gering. Frieden war hier der kleinste gemeinsame Nenner – und auf ihn brachte man dann den europäischen Ordnungsdiskurs.

3.4 Begleitende und nacheilende Ordnungsbegründung

Aus den erwähnten Gründen war es nicht möglich, während der *Anbahnungsphase* aus dem gesamten Repertoire möglicher Transzendenzbezüge zu schöpfen. Wie aber stellten sich Bezugnahmen auf der Dispositionsfreiheit des einzelnen Entzogenes in der *nacheilenden* Begründung dar, also nachdem die neue politische Ordnung durch die Ansprache Schumans und das im vorhinein eingeholte Einverständnis Adenauers initiiert war und es für ihre institutionelle Konstituierung und ihren Bestand zu werben galt? Auf welche Transzendenzrepertoires wurde in dieser Phase zurückgegriffen, und wie konnten sie diskursiv in Geltung gehalten werden? Auch bei der Beantwortung dieser Fragen zeigt sich das Grundmerkmal europäischer Ordnungskonstruktion: Europa war von Beginn an ein Elitenprojekt – und blieb das in weiten Teilen bis heute. Georges Bidault⁸³ schreibt in seiner 1965 unter dem Titel „D’une résistance à l’autre“ erschienenen politischen Biographie, dass es in der Bevölkerung an einer revolutionären Stimmung für Europa mangelte:

„Die Massen sind durchaus einverstanden mit einer Einigung Europas, aber sie bleiben passiv. Die europäische Revolution bleibt an den Regierungen hängen. Nun ist aber der Eifer

83 Georges Bidault (1899-1983) war zwischen 1944 und 1954 Ministerpräsident (1949/50), Verteidigungsminister (1951/52) und mehrfacher Außenminister Frankreichs.

dieser Regierungen verschieden stark, je nach Land, Partei, Persönlichkeiten oder Umständen.“⁸⁴

Dass die Massen eher träge am Aufbau einer europäischen politischen Ordnung mitwirkten, überrascht kaum; zu sehr war die Bevölkerung in den einzelnen Staaten Europas noch mit der eigenen Existenzsicherung und der Wiederherstellung der jeweiligen staatlichen Ordnung beschäftigt.⁸⁵ Folglich lässt sich Aufschluss über die ordnungsbegründenden Ressourcen vor allem in den Eigendarstellungen politischer Elitenangehöriger finden. Adenauer etwa schrieb dazu in seinen „Erinnerungen“:

„Das Chaos in Europa, das der Zweite Weltkrieg hinterließ, gab eine wichtige Lehre: Wollten wir Europäer in der völlig veränderten Welt nicht untergehen, so mußten wir aus der veränderten Situation die notwendige Schlußfolgerung ziehen: Der Zusammenschluß Europas war absolut zwingend. Ohne die politische Einigung würden die einzelnen Völker Europas Untergebene der Supermächte.“⁸⁶

Adenauer nennt jedoch nicht nur eine praktisch politische Begründung durch Verweis auf einen ansonsten drohenden Untergang, der aber keineswegs zum gemeinsamen Wissensbestand aller Europäer gehörte. Vielmehr beschreibt er auch jene Gemeinsamkeiten Europas, auf welche sich nun der gemeinschaftliche Zusammenschluss stützen könne:

„Bei fast allen Völkern Europas beruht ihre Kultur auf einer gemeinsamen Grundlage: dem Geiste der Griechen und Römer und dem Christentum. Vielfalt in der Eigenart, und trotzdem Gemeinsamkeit in der Grundlage sind die entscheidenden Wesenszüge Europas.“⁸⁷

Aus der Sicht Adenauers ist die Einheit Europas in der Vielfalt der jeweiligen nationalen Ausprägungen eine der Ressourcen europäischer Ordnungskonstitution.⁸⁸ Die Unverfügbarkeit dieser Ressource – nicht zu verstehen als ‚Unzugänglichkeit‘,

84 G. Bidault 1966, S. 215.

85 Im Übrigen wäre es verfehlt, heutzutage von einer großen Begeisterung für Europa zu sprechen, da die Beteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit weniger als 50 Prozent nach wie vor niedrig und auch die aktive Beteiligung in europäischen Organisationen, wie etwa der Paneuropa-Union, gering ist. So waren im Jahr 2011 nur etwa 18.000 Deutsche Mitglieder dieser Organisation, während der Allgemeine Deutsche Automobilclub nahezu 18 Mill. Mitglieder zählte – und das, obwohl es mehr als 80 Millionen Europäer, aber ‚nur‘ ca. 34 Mill. private PKW in Deutschland gibt.

86 K. Adenauer 1989 [1967], S. 13.

87 Ebd., S. 17.

88 Bei einer solch langen Tradition nimmt es nicht wunder, dass genau dieser Gedanke mit dem Motto „In Vielfalt geeint“ zur Leitidee des Verfassungsentwurfs (VVE) geworden ist, aufgrund nationaler Vorbehalte gegenüber einer gemeinsamen Symbolik später jedoch nicht in den Lissaboner Vertrag aufgenommen wurde.

sondern als ‚Unveränderbarkeit‘ – ist nicht zu bestreiten, denn das geschichtlich Gewordene kann zwar unterschiedlich interpretiert, nicht aber dahingehend ignoriert werden, als ob es die genannten Wurzeln überhaupt nicht gäbe.⁸⁹ Inwieweit diese unverfügbaren kulturellen Grundlagen allerdings wirklich als Begründungen für eine europäische Ordnung wirkmächtig werden konnten, hing davon ab, ob sie sich auch in wirklichkeitskonstruktiven Diskursen in Konkurrenz mit anderen Legitimierungen der europäischen Ordnungskonstruktion als durchschlagskräftig erwiesen. Walter Hallstein, einer der einflussreichsten Deutschen in der Gründungsphase der europäischen Montanunion,⁹⁰ wählte beispielsweise einen anderen Referenzrahmen, um zu argumentieren, warum die Gründung einer europäischen Gemeinschaftsordnung unvermeidlich sei:

„Die Gründe für die Nützlichkeit, die Notwendigkeit, die *Unabwendbarkeit* (Hervorhebung, SD) der europäischen Einheit sind schnell aufgezählt. Es sind vor allem psychologische Gegebenheiten: auf der einen Seite ein neues Raumgefühl, das die Menschen veranlaßt, auch die öffentlichen Angelegenheiten auf größere Räume zu beziehen, ob es sich nun um Bekämpfung der Armut handelt oder die Atomgefahr, um den Kommunismus oder die Wirtschaft und ihre Ordnung usw.; auf der anderen Seite der Schaden, den das Nationalgefühl genommen hat, seine Schwäche als Folge des furchtbaren Mißbrauchs, der damit in dem orgiastischen Abenteuer des Zweiten Weltkriegs getrieben wurde. Der Blick ist freigelegt auf eine Landschaft, in der Mächte kontinentalen Umfangs die Weltpolitik machen, und man sieht, daß diese Landschaft auch für die Europäer zugänglich ist, wenn sie sich nur entschließen, sich zusammenzutun.“⁹¹

Die zunächst etwas kryptisch anmutende Formulierung, dass es sich um „psychologische Gegebenheiten“ handle, welche die „Unabwendbarkeit der europäischen Einheit“ garantierten, umfasst ein ganzes Potpourri von Referenzen, die als Begründung für die Gemeinschaftsbildung dienen. Hierbei zeigt sich, dass derlei Letztbegründungen auch *ex negativo*, etwa aus dem *Verlust* des Nationalgefühls gespeist werden können, aber auch aus dem positiven Gefühl, etwas Nützliches hinzuzugewinnen. Letzteres zeigt, dass Bezugnahmen auf Unverfügbares sich – neben dem Rekurs auf Vergangenes und deshalb Unverfügbares – ebenso auf in Aussicht gestellte, von ihrem Nutzen her gleichsam unabweisbare Wirkungen beziehen können. Beiderlei Bezüge sind gleichermaßen zur Legitimierung der Ordnungs-

89 Ähnlich argumentiert auch Heinz Kleger aus analytischer Perspektive, wenn er drei prägende Traditionslinien in Europa ausmacht: die griechisch-römische, die jüdisch-christliche und die der Aufklärung. Siehe H. Kleger 2008, S. 7.

90 Walter Hallstein war sowohl der von Konrad Adenauer bestimmte deutsche Verhandlungsführer bei der Aushandlung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl als auch später der erste Kommissionspräsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

91 W. Hallstein 1965, S. 4.

konstruktion geeignet. Das erstaunt nicht: Auch in der Alltagswirklichkeit sind Menschen beide Referenzformen gegenwärtig, indem sie Verweise verwenden, die sowohl auf Erfahrenes als auch auf Zukünftiges ausgerichtet sind. Ein besonders deutlicher Hinweis findet sich diesbezüglich bei Jean Monnet, der als ‚geistiger Vater‘ des Schuman-Plans in seinen „Erinnerungen“ die Phase nach dessen Verkündung beschreibt. Er berichtet aus einer Begegnung mit Geoffrey Crowther, dem damaligen Herausgeber des *Economist*, bei der besonders deutlich sichtbar wird, dass der Verweis auf historisch Unverfügbares gerade nicht bei allen Europäern gleichermaßen als Legitimationsgrundlage für die Schaffung einer europäischen Ordnung dienen konnte:

„Letzterer stand einer englischen Beteiligung an der Hohen Behörde positiv gegenüber, verbarg mir jedoch nicht die Schwierigkeiten des Kampfes, den er mit seiner Zeitung zu führen hatte. England war nicht besiegt worden, es hatte keine Invasion erlebt. Es fühlte sich nicht gezwungen, die Geschichte zu beschwören. Noch war das Empire nicht am Ende, und es hatte die ersten Erfahrungen mit dem allgemeinen Wohlstand gemacht.“⁹²

Zwei wichtige Transzendenzreurse für die Schaffung einer politischen Ordnung zeigen sich hier als ‚nicht machbar‘: das gemeinsame Geschichtserlebnis und die – durch eine Montanunion – in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung. Beides war für den innerbritischen Diskurs viel weniger attraktiv als für den Diskurs in vielen kontinentaleuropäischen Staaten. Also entfalteten hierauf gegründete Argumente keine Zugkraft und lehnte das Vereinigte Königreich eine Beteiligung an der Konstituierung einer europäischen Gemeinschaftsordnung ab.⁹³ Da der Plan Schumans auch von Beginn an vorsah, eine „Hohe Behörde“ zu gründen, antizipierten britische Politiker damit – völlig zu Recht – föderalistische Tendenzen. Gerade die ‚Ablehnung des Föderalismus‘ ist nun aber eine der Unverfügbarkeiten des innerbritischen Diskurses. In ihm reichte es völlig aus, allein schon die Gefahr der Einbindung in eine föderale Ordnung zu beschwören, um von der Beteiligung am Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung abzuraten. Und nach der klaren Absage britischerseits zur Teilnahme an Verhandlungen über eine „Hohe Behörde“⁹⁴ war

92 J. Monnet 1978 [1976], S. 390.

93 Keinesfalls waren das aber die einzigen Gründe für die ablehnende Haltung des Vereinigten Königreichs. Daneben spielte das eigene Selbstverständnis als bedeutende Weltmacht ebenso eine Rolle wie die enge Verbindung mit den USA. Siehe zur Haltung Großbritanniens bspw. M. Rosengarten 1997 sowie C. A. Wurm 1988, S. 628ff. oder auch die Analyse von M. Müller-Härlin 2007, S. 232ff.

94 Siehe Conclusions of a Meeting of the Cabinet on the Refusal to Participate in the Negotiations on the Schuman Plan (London, 2 June 1950), abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Conclusions_of_a_meeting_of_the_cabinet_on_the_refusal_to_participate_in_the_negotiations_on_the_Schuman_Plan_London_2_June_1950-en-8737a230-6924-4905-8004-dee4385ad38e.html (letzter Zugriff: 12. September 2011).

klar, dass die neue europäische Ordnung zunächst ohne Beteiligung des Vereinigten Königreichs entstehen musste.

Im folgenden Verhandlungsprozess spielten transzendente Ressourcen dann eine eher untergeordnete Rolle. In erster Linie ging es um technische Fragen, wobei das Ausscheiden der Briten als Verhandlungspartner aufgrund der ihnen unterstellten Verhandlungseffizienz durchaus bedauert wurde:

„An Stelle der Begeisterung über den Schuman-Plan tritt nun die nüchterne Abwägung des Wünschenswerten und Möglichen. Hier bedeutet es ein schweres Handicap, daß sich das englische Pferd an diesem Rennen um den Europapreis nicht beteiligt.“⁹⁵

Zwar mochte das Ausscheren Großbritanniens von mancher Seite als nachteilig empfunden worden sein. Es hatte für manche Verhandlungspartner aber auch Vorteile. So heißt es im selben Text an späterer Stelle, dass die deutsche Position bei den Besprechungen deshalb gut sei, weil der Plan zum Aufbau einer europäischen Gemeinschaftsordnung von den Deutschen mehrheitlich getragen werde, so dass dem deutschen Verhandlungsführer, Walter Hallstein, der Rücken gestärkt sei. Gleichwohl zeigt sich auch am deutschen Fall, dass die technischen Aspekte der Verhandlungen zu einer gewissen Abnutzung der Begeisterung für das Projekt führten. Ausweislich eines Berichts der niederländischen Gesandtschaft in Deutschland aus dem Frühjahr 1951 wandelte sich die Einstellung der Deutschen zum Schuman-Plan um so mehr, je länger die Verhandlungen dauerten und je stärker solche Fragen in den Mittelpunkt rückten, die sich um konkrete Zahlen bei der Kohleförderung und Stahlproduktion drehten:

„Diese anfängliche Vorstellung ist allerdings vom zähen Verlauf der Pariser Verhandlungen nicht unbeeinträchtigt geblieben. Vor allem das visionäre Element, das an die Gefühle appellierte, wurde weitgehend ausgehöhlt.“⁹⁶

An solchen Aussagen zeigt sich der durchschlagende Nutzen von diskursiven Rückgriffen auf Transzendentes nun besonders deutlich. Durch derlei Transzendenzreurse gelingt es nämlich, an das affektuelle, in emotionalen Tiefenschichten gelagerte Potential von Menschen zu appellieren. Wird dabei der Nerv getroffen, so sind solche Appelle deshalb erfolgreich, weil es zu ihrem Wirksamwerden keiner weiteren Begründung bedarf. Allein der Emotionen oder ‚Evidenzen‘ auslösende argumentative Bezug überzeugt dann. Oft wird er auch gar nicht mehr durch Reflexion dergestalt in Frage gestellt, dass man wirklich gründlich über die Plausibilität des ‚spontan Einleuchtenden‘ nachdächte. Ein Verzicht auf solche intuitiv eingän-

95 Hamburger Abendblatt vom 4. Juli 1950.

96 Niederländische Mission 1951.

gigen Ressourcen der Wirklichkeitskonstruktion und deren versuchte Substitution durch rationales Kalkül gibt somit wichtige Mittel wirklichkeitskonstruktiver Politik aus der Hand. Rein rationales Kalkulieren und Reflektieren ist deshalb ergebnisoffener, als es Prozesse des Werbens um wenig reflektierte Anerkennung von ‚schlagend evidenten‘ Transzendenzrekursen sind. In diesem Sinn hatte Marion Gräfin Dönhoff völlig recht mit ihrer Bemerkung, dass „alles Mystisch-Irrationale sehr wahrscheinlich und alles Vernünftige und Notwendige äußerst unglaublich erscheint.“⁹⁷ Unglaublich erscheint ja bis heute die europäische Ordnung viel eher denen, welche sie nur als vernünftig akzeptieren wollen, nicht aber denen, für welche sie auch plausible Transzendenzbezüge besitzt. Es braucht also nicht ‚das Transzendente‘ oder ‚das Vernünftige‘, sondern das Vernünftige muss durch Transzendentes untersetzt sein, wenn es dauerhafte Geltungskraft haben soll.

Folglich wurden auch nacheilende Begründungen, wie sie etwa Walter Hallstein nach Abschluss der Verhandlungen über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anlässlich eines Vortrags an der Frankfurter Universität vornahm, plausiblerweise mit Bezügen auf Transzendentes versehen. Hierbei zeigt sich einmal mehr, dass das transzendente und zur Ordnungsbegründung genutzte Repertoire nicht ‚einfach vorhanden‘ und ‚beliebig nutzbar‘ ist, sondern auch selbst diskursiv in Geltung gehalten werden muss. Es werden nämlich Bezugnahmen auf die Friedensbegründung mit der ausdrücklichen Mahnung verbunden, dass diese jedem und unmittelbar eingängig sein müssten, etwa dergestalt, dass doch die „Sicherung des Friedens jede Bilanz überwiege“ und dass es

„das Bedürfnis aller europäischen Völker ist, Frieden zu halten, Frieden in einer Lebensordnung, die jedem Staat seine Würde belässt, die aber gleichzeitig die Sicherheit gewährt, auf die nun einmal ein zivilisierter Staat so wenig wie ein zivilisiertes Individuum verzichten kann, um in Anstand existieren zu können.“⁹⁸

Der Argumentationsgang schichtet hier folgende Kontexte auf: Wer nicht als unzivilisiert gelten möchte, sondern als zivilisiert, wer der Gemeinschaft zugehören und nicht ein Außenseiter sein will, der tut gut daran zu akzeptieren, dass die neugeschaffene politische Ordnung dem Frieden dient. Und weil Frieden selbst ein unumstößliches Ziel jeglicher Zivilisation und damit unverfügbar ist, kann es keinen Zweifel daran geben, dass diese neue Ordnung legitim ist. An der Gültigkeit dieser Ordnung können also nur jene überhaupt Zweifel haben, die das nicht verstanden haben oder ‚niedere Motive‘, wie etwa die Wirtschaftlichkeit, an die erste Stelle plazieren. In einer solchen Kontextaufschichtung zeigt sich nicht nur, dass das Prinzip, auf welches Bezug genommen wird, diskursiv in Geltung gehalten wird, son-

97 M. G. Dönhoff 1950.

98 W. Hallstein 1951, S. 27.

dem dass es nach der Konstituierung einer politischen Ordnung erst recht zu engen Verzahnungen zwischen Bezugnahmen auf Unverfügbares und jenen Attributen kommt, die der entstandenen politischen Ordnung nun als ‚stimmige‘ Konsequenz aus dem Unverfügbaren zugeschrieben werden. Zunächst nämlich diene die Bezugnahme auf den Frieden als zentrale Begründung zur Schaffung einer europäischen Gemeinschaftsordnung; sobald diese existierte, konnte die Geltungskraft dieser Legitimationsgrundlage wiederum durch den Verweis auf die entstandene Ordnung begründet werden.⁹⁹ Das permanente In-Geltung-Halten einer Ordnung basiert also nicht nur auf der Sicherstellung des sie reproduzierenden Handelns, sondern ebenfalls darauf, dass zugleich die jenes Handeln sinngebend anleitenden Unverfügbarkeiten ihrerseits in Geltung gehalten werden.¹⁰⁰ Dazu können sich Akteure dann auch der politischen Ordnung selbst als Garantien dieser Geltungsgrundlage bedienen.¹⁰¹ Die Kurzformel lautet also: Um des Friedens willen brauchen wir diese politische Ordnung; ist sie erst einmal entstanden, dient sie selbst als Garant des Friedens. Meist geschieht derlei In-Geltung-Halten vollkommen unbemerkt durch stets mantragleiches Wiederholen und selbstverständliche Referenzen in der Alltagskommunikation, die man routinemäßig nicht hinterfragt. So ging es jedenfalls dem Friedensbezug zu Beginn der europäischen Integration, und später gesellten sich jenem Bezug mit ‚Wohlstand‘ und ‚Solidarität‘ andere Transzendenzressourcen hinzu, die jedoch anfänglich noch kaum eine Rolle spielten.

Alles in allem lässt sich festhalten, dass in der Anfangsphase europäischer Integration nicht nur eine politische Ordnung selbst geboren wurde, sondern es auch zur ‚Mythologisierung‘ einer Transzendenzressource kam. Unter politischen Elitegruppen war deren tatsächliche Wirkung wesentlich weniger durchschlagend als rational-funktionale Erwägungen. Anders aber verhielt es sich mit den Völkern der werdenden europäischen Gemeinschaft. Ersteres jedoch legen Presseberichte nahe, in denen die Wichtigkeit der neuen politischen Ordnung nicht politisch, sondern wirtschaftlich begründet wurde – und dies auch nicht durchweg positiv, sondern abwartend und mit einer Tendenz zur Ablehnung.¹⁰² Eine solche Haltung zeigt sich beispielsweise in den Äußerungen Joseph Bechs, des damaligen luxemburgischen Außenministers. Er sagte in einer Rede vor dem Luxemburger Abgeordnetenhaus:

99 In der ethnomethodologischen Theorie der Wirklichkeitskonstruktion wird derlei ein „Reflexivitätsprozess“ genannt und als Kernstück aller Ordnungskonstruktion empirisch untersucht. Siehe W. J. Patzelt 1987, S. 69ff.

100 Dies erfasst die ethnomethodologische Theorie als „politics of reality“, zumal über das Konzept der Vorfeldmethoden der Sicherung sozialer Ordnung; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 116ff.

101 Hier geht es ethnomethodologisch um die Ausgrenzungsmethoden der „politics of reality“.

102 Siehe u.a. den Bericht in der belgischen „La Libre Belgique“ vom 15. Dezember 1951, S. 1.

„Si nous avons applaudi dès le premier jour à la grandeur et à la générosité des conceptions politiques du Plan Schuman, nous nous sommes d'autre part rendu compte de la répercussion du Plan dans le domaine qui forme l'armature même de notre économie nationale et que de l'évolution que prendra dans ce Plan nouveau notre industrie sidérurgique, dépendra l'avenir même du pays, son développement économique et son progrès social.“¹⁰³

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die luxemburgische Zustimmung zum Aufbau der Montanunion, anders als in Frankreich und Deutschland, vor allem von rationalen Überlegungen eines wirtschaftlichen und industriellen Aufbaus geprägt war. Dies gilt auch, mit einigen Nuancen bei der Bewertung des vermutlichen Nutzens und der abzusehenden Gefahren für die heimische Wirtschaft, für die beiden anderen BeNeLux-Staaten¹⁰⁴ sowie für Italien.¹⁰⁵ In diesen Ländern musste – oder sollte – offenbar gar nicht erst auf Transzendentes zur Ordnungsbegründung zurückgegriffen werden. Jedenfalls waren die Diskurse dort von vornherein eher rational-ökonomisch geprägt und thematisierten die Gründung der neuen europäischen Ordnung weniger als ein politisches, sondern vielmehr als ein wirtschaftliches Projekt. Das ist indes nicht erstaunlich, handelte es sich doch bei Frankreich und Deutschland nach dem Krieg um die weitaus größeren Volkswirtschaften mit einem großen ökonomischen Potential, die – anders als die übrigen vier Staaten – gerade nicht die Hegemonie anderer kontinentaleuropäischer Staaten fürchten mussten. Deutschland und Frankreich hingegen mussten sich vor der ohne europäischen Ordnungsrahmen weiterhin bestehenden Gefahr fürchten, erneut in einem Krieg zu enden, der wirtschaftlicher Prosperität und wachsendem Wohlstand ein jähes Ende bereitet hätte. Eine solche Lage aber spricht nicht nur den Verstand an, sondern auch den Sinn für Transzendenz.

4. FOLGEN UND LEHREN AUS DER AUFBAUPHASE EINER EUROPÄISCHEN POLITISCHEN ORDNUNG

Die Gründung einer politischen Ordnung ist offenbar kein einfaches Unterfangen – zumal dann nicht, wenn es sich um eine supranationale Ordnung handelt, der be-

103 „Auch wenn wir uns von Anfang an vor den großartigen und großzügigen politischen Ideen des Schuman-Plans verneigt haben, wurden uns doch die Auswirkungen des Plans auf unsere Stahlindustrie – das Herzstück unserer nationalen Wirtschaft – bewusst. Die Entwicklung, die sie laut diesem Plan nehmen würde, würde die Zukunft des Landes selbst, seine wirtschaftliche Entwicklung und seinen sozialen Fortschritt bestimmen.“ J. Bech 1952.

104 Siehe für die Niederlande etwa J. v. d. Brink 1952 sowie für Belgien einen nach der Ratifikation erschienen Zeitungsartikel in „La Libre Belgique“ vom 7. Februar 1952, S. 1.

105 Siehe Niederländischer Botschaftsattaché 1951.

währte „Blaupausen“ fehlen.¹⁰⁶ Bei der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gab es obendrein nur wenige Transzendenzressourcen, auf die diskursiv Bezug genommen werden konnte. Das hat vor allem damit zu tun, dass es der spezifische Kontext der Gründungsphase kaum erlaubte, auf drei wesentliche Pfeiler europäischer Zusammengehörigkeit zu verweisen: auf die gemeinsame Kultur, das christlich-jüdische Erbe und die römische Rechtstradition. Ein gerade erst beendeter Krieg, in dem alle drei Transzendenzressourcen nicht ausgereicht hatten, verheerende Schlachten und den Holocaust zu verhindern, ‚überstieg‘ sogar *deren* potentielle Wirksamkeit. Folglich war der Rahmen für Transzendenzreurse nach dem Zweiten Weltkrieg so eng, dass es kaum Wahlfreiheiten gab. Hier zeigt sich dann, dass in solchen Notlagen tatsächlich die Geschichte als *magistra vitae* fungieren kann, und zwar zumindest dergestalt, dass sowohl die Geschichte als auch die aus ihr nahegelegten Lehren aus der Geschichte mancherlei Pfade verbauen und Bezugnahmen auf vielerlei Vergangenes unmöglich machen, eben dadurch aber auch neue Horizonte eröffnen.

Dass der *historische* Kontext der Gründung einer europäischen Gemeinschaftsordnung manchen Pfad unbegebar machte, zeigt sich besonders dort, wo es um den Einsatz konkreter Ressourcen im Hinblick auf *Zukünftiges* ging. Etwa war es im deutschen Diskurs zunächst kaum möglich, die Freiheit der europäischen Staaten gegenüber der durch den Kommunismus drohenden Unfreiheit als Legitimationsressource für den Aufbau der neuen europäischen Ordnung einzusetzen. Es war nämlich für jeden unübersehbar, dass Deutschland aufgrund des Besatzungsstatuts zu Beginn der 1950er Jahre nun einmal unfrei in dem Sinne war, dass es nicht souverän agieren durfte. Auch konnte die Verheißung von Freiheit als durch die neue Ordnung zu erreichendes Ziel schon deshalb nicht überzeugen, weil sich der hinter der Ordnungsgründung stehende Plan doch offenkundig auf eine Eindämmung nationaler Souveränität richtete – und zwar gerade der vielleicht eines Tages wiederzugewinnenden Souveränität Deutschlands. Bereits an diesem Beispiel lässt sich Wichtiges ablesen: Transzendentes als wirklichkeitskonstruktive Ressource ist ihrerseits ein Produkt sozialer Wirklichkeitskonstruktion. Die tatsächliche Nutzbarkeit von Transzendenz als Ressource zur Begründung, Stabilisierung und Transformation sozialer und politischer Ordnung muss in Diskursen überhaupt erst einmal sichergestellt werden. Und dabei gilt es zu beachten, dass es sich bei Transzendendem um nichts anderes als um annehmbare und weitergebbare kulturelle Muster¹⁰⁷ handelt, die in Diskursen eingesetzt werden und, falls sie ausreichend viel Attraktivität entfalten und viele Träger finden, gemeinsamer Sinnstiftung, gemeinsamer Situationsdefinition und darauf gegründetem gemeinsamen Handeln dienen.

106 Zum ganz anders gearteten Fall einer Ordnungsgründung anhand von bewährten „Blaupausen“ siehe W. J. Patzelt 2011.

107 In der Theorie des Evolutorischen Institutionalismus wäre hier von Memen und Memplexen die Rede; siehe W. J. Patzelt 2007a, S. 138ff.

Es können also nur solche Elemente Teil eines sich alltagspraktisch bewährenden Transzendenzrepertoires sein, die auch tatsächlich zur jeweiligen Gesellschaft und Kultur passen, sich deshalb in den Diskursen als passfähig und wirkungsvoll erweisen und obendrein auch *in Geltung gehalten* werden. Andernfalls verpuffen Bezugnahmen auf Transzendentes wirkungslos. Neben einem solchen Angebot an ultimative Kontexte liefernden kulturellen Mustern braucht es freilich auch Nachfrage nach ihnen, die ihrerseits wiederum zeit- und umstandsabhängig ist. Umbruchzeiten generieren üblicherweise andere Transzendenznachfrage als Zeiten der Stabilität. „Not lehrt Beten“ – an wechselnde Instanzen und an wechselnde Dinge. Dabei sind Verweise auf solche Unverfügbarkeiten außerordentlich wirkungsvoll, die besonders viele für unverfügbar und nicht für leicht auch änderbares ‚Menschenwerk‘ halten. Gibt es diesbezüglich nur kleine Schnittmengen im Wissen sowie den Hoffnungen der Beteiligten, so reduzieren sich die möglichen Transzendenzressourcen. Im Grenzfall werden Minima durch repressive Machtmittel bereitgestellt.

Letzteres kommt in totalitären Systemen häufig, in pluralistischen Systemen nur selten vor. Freilich gibt es auch in pluralistischen Systemen Möglichkeiten der Durchsetzung bestimmter Inhalte als ‚unverfügbar‘ und anderer als eben freier Veränderung zugänglich. Stigmatisierung und Ausgrenzung Andersdenkender sind dafür die gängigsten Methoden. Die erste zeigt sich in der oben zitierten Rede Hallsteins: Andersdenkende werden für minderwertig erklärt.

Tatsächlich müssen ordnungsgenerierende Transzendenzbezüge immer wieder diskursiv in Geltung gehalten werden, und zwar unter Hinnahme der Tatsache, dass es für bestimmte Transzendenzbezüge Konjunkturen gibt. Gerade in der Phase größter Unsicherheit über die Etablierung der europäischen politischen Ordnung greift beispielsweise mit dem ‚Frieden‘ ein Transzendenzbezug, der so umfassend einsetzbar ist, dass man sich seines tatsächlich ordnungsgenerierenden Charakters überhaupt nicht grundsätzlich und von vornherein sicher sein kann – birgt doch so große Deutungsoffenheit und Vagheit stets auch die Gefahr von Beliebigkeit. Und wirklich konnte der Verweis auf Frieden auch von den Gegnern der europäischen Ordnungsgründung eingesetzt werden – ihrerseits mit dem Ziel, diese zu verhindern. Es sind also Transzendenzbezüge nicht nur konjunkturabhängig, sondern können auch zu vollkommen unterschiedlichen Zwecken genutzt werden.¹⁰⁸ Rekurse auf Freiheit sind bspw. sowohl geeignet, eine Einengung der individuellen Freiheitsrechte zum Zwecke der Gefahrenabwehr als auch deren Ausweitung im Sinne von ‚Liberalisierung‘ zu rechtfertigen. Beides aber hätte ganz unterschiedliche Implikationen für die politische Ordnung, und zwar bei genau gleichem Transzendenz-

108 Ethnomethodologisch wäre hier von „Indexikalität“ die Rede; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 61ff.

rekurs. Es kommt also stets darauf an, welche ‚Lesart‘ innerhalb eines Diskurses obsiegt, welch andere aber unterliegt.¹⁰⁹

Letztlich stellt sich die Frage, ob es wirklich Transzendenzrekurse waren, die den Aufbau der europäischen politischen Ordnung vorangetrieben haben, oder ob nicht vor allem Sachzwänge die entscheidenden Impulse gaben. Doch auch Sachzwänge entfalten – außerhalb von ‚regulativen Katastrophen‘ – wirklichkeitskonstruktive Kraft nur über Situationsdefinitionen, denen ihrerseits Diskurse vorangehen. Und im nachhinein ist erst recht entscheidend, ob *geglaubt* wird, eine bestimmte Situationsdefinition sei richtig gewesen. Auch das aber ist dann eine Sache von Diskursen und diskursiver Mythenverwendung. Ein Analytiker wird deshalb zwar nicht am wirklichkeitskonstruktiven Nutzen von Transzendenzrekursen zweifeln, sehr oft aber an der ‚Richtigkeit‘ der Behandlung eines überwölbenden Zusammenhangs als ‚unverfügbar‘. Das zeigt sich angesichts solcher Einschätzungen, wie etwa jener des französischen Historikers Raymond Poidevin, der die seinerzeitige Haltung Frankreichs wie folgt charakterisierte:

„So entsprangen die beiden französischen Initiativen (EGKS und EVG, Anmerkung SD) des Jahres 1950 nicht einer mächtigen proeuropäischen Strömung; vielmehr scheinen sie aus einer durch die internationale Entwicklung erzeugten Zwangslage geboren.“¹¹⁰

Transzendenzrekurse waren also schon im Spiel, als es galt, die europäische Gemeinschaftsordnung zu konstituieren. Aber sie allein bewirkten nicht, was sie sehr motivierten und rechtfertigten. Am Ende ist es also doch nicht ‚Transzendenz‘, was die Welt strukturiert, sondern diese strukturiert sich selbst – mit Transzendenzkonstruktionen und Transzendenzrekursen als Teil dieses Strukturierungsprozesses.

LITERATUR

- Adenauer, Konrad (1987 [1967]): *Erinnerungen 1945-1953*. 6. Auflage, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Adenauer, Konrad (1989 [1967]): *Erinnerungen 1955-1959*. 4. Auflage, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Arnold, Karl (1949): *Radio-Ansprache*, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 519-521.

109 Ethnomethodologisch wäre hier von „Entindexikalisierung“ über Darstellungstechniken („accounts“) und „Interpretationsverfahren“ zu handeln; siehe dazu W. J. Patzelt 1987, S. 83ff.

110 R. Poidevin 1990, S. 262.

- Bech, Joseph (1952): Discours de Joseph Bech sur la Ratification du Traité CECA (Luxembourg, 8 mai 1952). (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Discours_de_Joseph_Bech_sur_la_ratification_du_traite_CECA_Luxembourg_8_mai_1952-fr-1972b2b3-d9aa-45ae-819b-9802a57b117b.html, letzter Zugriff: 26.9.2011).
- Bidault, Georges (1966 [1965]): Noch einmal Rebell. Von einer Résistance in die andere. Berlin: Propyläen Verlag.
- Blankenhorn, Herbert (1980): Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949-1979. Frankfurt am Main: Propyläen Verlag.
- Blind, Adolf (1996): Unruhige Jahre an der Saar 1947 bis 1955. Ein Zeitzeuge erinnert sich. Frankfurt am Main: Haag und Herchen.
- Brink, Jan v. d. (1952): Les Pays-Bas et le Plan Schuman, in: Notre Europe. Revue Européenne 3, Nr. 11-12. Strasbourg: Société Européenne d'Éditions et de Publications (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Jan_van_den_Brink_Les_Pays_Bas_et_le_plan_Schuman_1952-fr-e8308151-00bc-4808-98e2bdfc73af6541.html; letzter Zugriff: 26. September 2011).
- Churchill, Winston (1946): Zurich Speech, 19 September 1946, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 662-666.
- Clemens, Gabriele (2007): Europa – nur ein gemeinsamer Markt? Die Öffentlichkeitsarbeit für den europäischen Integrationsprozess am Beispiel der Europafilme zwischen Marshallplan und Römischen Verträgen 1947-1957, in: Gehler, Michael (Hrsg.): Vom gemeinsamen Markt zur europäischen Unionsbildung. 50 Jahre Römische Verträge 1957-2007. From Common Market to European Union Building. 50 Years of the Rome Treaties 1957-2007. Wien/Köln/Weimar: Böhlau Verlag, S. 45-61.
- Dedman, Martin J. (2010): Origins and Development of the European Union 1945-2008. A History of European Integration. London/New York: Routledge.
- Deutscher Bundestag (1950): Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode 1949. Stenographische Berichte Band 4. 68. Sitzung vom 13. Juni 1950, S. 2459-2497.
- Dönhoff, Marion Gräfin (1950): Europa kommt durch den Lieferanten-Eingang, in: Die Zeit vom 14. September 1950.
- Dreischer, Stephan (2006): Das Europäische Parlament und seine Funktionen. Eine Erfolgsgeschichte aus der Perspektive von Abgeordneten. Baden-Baden: Nomos.
- Dreischer, Stephan (2012): Vom parlamentarischen Forum zum parlamentarischen Mitgestalter. Verlaufsformen europaparlamentarischer Entwicklung, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien. Baden-Baden: Nomos, S. 211-248.

- Duverger, Maurice (1947): *Pas d'Europe sans l'Allemagne*, in: *Le Monde* vom 9. September 1947.
- Ehard, Hans (1948): *Die europäische Lage und der deutsche Föderalismus*. Vortrag gehalten an der 2. Studientagung des internationalen Instituts für Sozialwissenschaft und Politik am 3. April 1948 in Regensburg. München: Pflaum.
- Einaudi, Luigi (1947): *War and European Union*, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 167-171.
- „Europäische Gemeinschaft“ (1946): *Basic Thoughts*, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 472-473.
- Fontaine, François (1975): *Les 30 Jours qui Ébranlèrent l'Europe*, in: *30 Jours d'Europe*, Nr. 202, S. 9.
- Gasperi, Alcide de (1950): *European Union*, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 250-251.
- Giersch, Herbert (1985): *Euroclerosis*. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 112. Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Goschler, Constantin/Buchheim, Christoph/Bührer, Werner (1989): *Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 2, S. 171-206.
- Hallstein, Walter (1951): *Der Schuman-Plan*. Nachschrift des am 28. April 1951 in der Aula der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main gehaltenen Vortrags (= *Frankfurter Universitätsreden*, Heft 5). Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann.
- Hallstein, Walter (1965): *Die echten Probleme der europäischen Integration*. Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Neue Folge 37. Kiel: Schmidt & Klaunig.
- Hallstein, Walter (1974 [1973]): *Die Europäische Gemeinschaft*. Düsseldorf/Wien: Econ Verlag.
- Hauriou, Maurice (1965): *Die Theorie der Institution*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Humbert, Raymond (1959): *Non M. Schuman*, in: „*Le Patriote mosellan*“ vom 10. Juni 1950, S. 1.
- Jäger, Siegfried (2006): *Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse*, in: Keller, Reiner u.a.

- (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1. Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag, S. 83-114.
- Kleger, Heinz (2008): Gibt es eine europäische Zivilreligion? Pariser Vorlesung über die Werte Europas, in: *WeltTrends, Papiere*, Band 8. Potsdam: Universitätsverlag.
- Kluth, Winfried (1995): Die demokratische Legitimation der EU. Eine Analyse der These vom Demokratiedefizit der Europäischen Union aus gemeineuropäischer Verfassungsperspektive. Berlin: Duncker & Humblot.
- Kraft, Ole Bjørn (1948): The Marshall Plan and Nordic Cooperation (Excerpts from the Speech in the Folketing), abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 589-592.
- Lempp, Jakob, unter Mitarbeit von Werner J. Patzelt (2007): Evolutionäre Institutionentheorie, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): *Evolutionärer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*. Würzburg: Ergon Verlag, S. 375-413.
- Lempp, Jakob (2009): Die Evolution des Rats der Europäischen Union. Institutionenevolution zwischen Intergouvernementalismus und Supranationalismus. Baden-Baden: Nomos.
- Lempp, Jakob (2012): Vom intergouvernementalen Forum zum europäischen Akteur. Leitideenwandel und Institutionenevolution im Rat der Europäischen Union, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): *Parlamente und ihre Evolution. Forschungskontext und Fallstudien*. Baden-Baden: Nomos, S. 249-297.
- Lipgens, Walter (1972): *Die europäische Integration*. Stuttgart: Klett.
- Lippmann, Walter (1950): Un Événement Capital, in: „Le Figaro“ vom 16. Juni 1950.
- Loth, Wilfried (1996): *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939-1957*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Loth, Wilfried (2000): Der Prozess der europäischen Integration. Antriebskräfte, Entscheidungen und Perspektiven, in: *Jahrbuch für europäische Geschichte*. Band 1. München: Oldenbourg, S. 17-30.
- Loth, Wilfried (2007): Der Weg nach Rom – Entstehung und Bedeutung der Römischen Verträge, in: *integration* 1, S. 36-43.
- Loth, Wilfried (2010): Der Schuman-Plan und die Zukunft der Europäischen Union, in: *integration* 4, S. 350-357.
- Monnet, Jean (1943): Denkschrift von Jean Monnet (Algier, 5. August 1943). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/denkschrift_jean_monnet_algier_august_1943-3-3092, letzter Zugriff: 14. Februar 2011).
- Monnet, Jean (1950): Memorandum vom 3. Mai 1950. (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/memorandum_jean_monnet_mai_1950-3-950, letzter Zugriff: 14. Februar 2011).

- Monnet Jean (1978 [1976]): *Erinnerungen eines Europäers*. München/Wien: Carl Hanser Verlag.
- Müller-Härlin, Maximilian (2008): *Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration. Identifikationsmuster in Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach 1950*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Niederländische Mission in Deutschland (1951): Vermerk der niederländischen Mission in Deutschland vom 3. Februar 1951. (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Vermerk_der_niederlandischen_Mission_in_Deutschland_3_Februar_1951-de-4bab866dd79a-4203-8320-b54be5cc93b3.html, letzter Zugriff: 26. September 2011).
- Niederländischer Botschaftsattaché in Italien (1951): Vermerk des niederländischen Botschaftsattachés in Rom vom 3. Februar 1951. (Abrufbar unter: http://www.cvce.eu/obj/Vermerk_des_niederlandischen_Botschaftsattaches_in_Rom_3_Februar_1951-dec3cd1e4c-c289-437c-a81a-54e0f7496e19.html, letzter Zugriff: 5. Juni 2011).
- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (1956): *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*. Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- Oud, Pieter J. (1949): *Hasty Innovations Are always Unfortunate*, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): *Documents on the History of European Integration*. Vol. 3. *The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950*. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 423-426.
- Patzelt, Werner J. (1987): *Grundlagen der Ethnomethodologie. Theorie, Empirie und politikwissenschaftlicher Nutzen einer Soziologie des Alltags*. München: Fink.
- Patzelt, Werner J. (1998): *Wirklichkeitskonstruktion im Totalitarismus. Eine ethnomethodologische Weiterführung der Totalitarismuskonzeption von Martin Drath*, in: Siegel, Achim (Hrsg.): *Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 235-271.
- Patzelt, Werner J./Demuth, Christian/Dreischer, Stephan/Messerschmidt, Romy/Schirmer, Roland (2005): *Institutionelle Macht. Kategorien ihrer Analyse und Erklärung*, in: Patzelt, Werner J. (Hrsg.): *Parlamente und ihre Macht*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 9-46.
- Patzelt, Werner J. (2007a): *Kulturwissenschaftliche Evolutionstheorie und Evolutorischer Institutionalismus*, in: ders. (Hrsg.) (2007): *Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*. Würzburg: Ergon, S. 121-182.
- Patzelt, Werner J. (2007b): *Institutionalität und Geschichtlichkeit in evolutionstheoretischer Perspektive*, in: ders. (Hrsg.) (2007): *Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und exemplarische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*. Würzburg: Ergon, S. 287-374.

- Patzelt, Werner J. (2011): Institutionenbildung anhand von „Blaupausen“: Die Neuentstehung des ostdeutschen Parlamentarismus als Beispiel, in: Lorenz, Astrid (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, S. 261-292.
- Pleven, René (1984): *L'Union Européenne: Une Construction Continue et Irreversible* (hgg. v Fondation Jean Monnet pour l'Europe et Centre de Recherches Européennes). Lausanne.
- Poidevin, Raymond (1985): Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans 1948/49, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3, S. 406-419.
- Poidevin, Raymond (1990): Die europapolitischen Initiativen Frankreichs des Jahres 1950 – aus einer Zwangslage geboren?, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hrsg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München: R. Oldenbourg Verlag, S. 257-262.
- Rat der Europäischen Union. Generalsekretariat (2009): Europa – eine Idee nimmt Gestalt an. Baden-Baden: Nomos.
- Rentsch, Thomas (2010): Aufklärung über Transzendenz – Anspruch der Philosophie, in: Philosophisches Jahrbuch. Im Auftrag der Görres-Gesellschaft, herausgegeben von Thomas Buchheim, Volker Gerhardt, Matthias Lutz-Bachmann, Pirmin Stekeler-Weithöfer, 117. Jahrgang, 2. Halbband. Freiburg/München: Verlag Karl Alber, S. 287-298.
- Rosengarten, Monika (1997): Großbritannien und der Schuman-Plan. Politische und wirtschaftliche Faktoren in der britischen Haltung zum Schuman-Plan und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1950 – 1954. Frankfurt am Main u.a.: Verlag Peter Lang.
- Schliesky, Utz (2004): Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatsrechtslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schumacher, Kurt (1948 [1946]): Europa und die Demokratie, in: ders.: Nach dem Zusammenbruch. Gedanken über Demokratie und Sozialismus. Hamburg: Phoenix, S. 140-145.
- Schuman, Robert (1950a): Brief von Robert Schuman an Konrad Adenauer (Paris 7. Mai 1950). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/brief_robert_schuman_konrad_adenauer_paris_mai_1950-3-615, letzter Zugriff: 7. März 2011).
- Schuman, Robert (1950b): Erklärung von Robert Schuman (Paris, 9. Mai 1950). (Abrufbar unter: http://www.ena.lu/erklaerung_robert_schuman_paris_mai_1950-3-613, letzter Zugriff 4. März 2011).
- Sonderforschungsbereich 804 (2008): Finanzierungsantrag (Band 1). Dresden.
- Spaak, Paul-Henri (1949): The Council of Europe, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure

- Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 330-333.
- Spinelli, Altiero (1945): The State of Federalism in June 1945, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 145-148.
- Steinmetz, Eigil (1947): A United Europe?, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 578-580.
- Strohmeier, Gerd (2007): Die EU zwischen Legitimität und Effektivität, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2007, S. 24-30.
- Teitgen, Pierre-Henri (1949): Between Britain and Germany, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 102-104. (Original: Journal Officiel de la République Française. Assemblée Nationale, Débats, 9. Juli 1949, S. 4483ff.).
- Thalmeier, Bettina (2005): Die zukünftige Gestalt der Europäischen Union. Integrationstheoretische Hintergründe und Perspektiven einer Reform. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- TU Dresden (1996): Antrag auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Institutionalität und Geschichtlichkeit“. Dresden.
- Vorländer, Hans (2011): Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Transzendenz und Gemein-sinn. Themen und Perspektiven des Dresdner Sonderforschungsbereichs 804. Dresden, S. 6-15.
- Vorrink, Koos (1948): One Europe in a United World, abgedruckt in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 394-397.
- Weidenfeld, Werner (1994): Konrad Adenauer und Europa, in: Langguth, Gerd (Hrsg.): Macht bedeutet Verantwortung. Adenauers Weichenstellungen für die heutige Politik. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 95-113.
- Wurm, Clemens A. (1988): Great Britain: Political Parties and Pressure Groups in the Discussion European Union, in: Lipgens, Walter/Loth, Wilfried (1988): Documents on the History of European Integration. Vol. 3. The Struggle for European Union by Political Parties and Pressure Groups in Western Countries 1945-1950. Berlin/New York: Walter de Gruyter, S. 628-643.

